Posener Zeitung.

№ 169. Sonntag den 23. Juli. 1848.

Inland.

Berlin den 21. Juli. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem bei dem Land- und Stadtgerichte zu Worbis fungirenden Land- und Stadtgerichts-Assessor Gerling und dem Ober-Landesgerichts-Assessor Daubert den Charakter als Land- und Stadtgerichts-Rath zu verleihen.

Der Königliche Hof hat die Trauer für Ihre Königl. Hoheit die verwittwete Frau Kurfürstin von Bayern auf 14 Tage angelegt.

Der Fürst Konstantin Suzzo, Statthalter der Wallachei, ist nach Wien abgereist.

---

* Posen, 22. Juni. Unsere Leser finden den uns so eben zugegangenen vollständigen Bericht des internationalen Ausschusses der Frankfurter Versammlung über die Posener Frage in einer Beilage des Blattes. Der Ausschuß hat, wie wir schon vorgestern mittheilten, ohne Minderheitsgutachten, und zwar mit 14 gegen 1 Stimme (nicht 9 gegen 1, wie die frühere Anzeige lautete) sein Votum abgegeben. Die dissentirende Stimme gehört dem Abgeord. Schuselka an. Wir vernehmen, daß die Stimmung in Frankfurt sich sehr zu Gunsten der deutschen Bevölkerung gewendet hat, und daß eine Lösung der Angelegenheit im Sinne des Ausschuß-Gutachtens in Aussicht steht. Wenn nicht besondere Incidenzfälle eingetreten sind, ist wahrscheinlich gestern die Posener Frage im deutschen Parlament verhandelt worden.

⁂ Posen, den 22. Juli. Die beiden nachstehenden Petitionen, an die respectiven Versammlungen in Berlin und Frankfurt circuliren in Westpreußen und finden bedeutende Theilnahme. Während wir der letztern Petition vollkommen beistimmen, finden wir in Bezug auf die erste es doch bedenklich, durch eine aufs Neue vorgeschobene Zwischenfrage die so lang schon verzögerte Berathung über das Verfassungswerk noch weiter hinausgerückt zu sehen.

„Hohe Versammlung! Es ist unstreitig für das neue Verfassungswerk,
worüber zu berathen Eine hohe National-Versammlung zusammengetreten ist,
von der höchsten Wichtigkeit, daß Alle, welche an diesem Werke arbeiten, auch ein lebendiges Interesse daran nehmen. Allein dies scheint uns kaum denkbar bei denjenigen Deputirten aus dem Großherzogthum Posen, welche als Polen eine besondere, ihrer Nationalität zusagende Verfassung begehren und gleichwohl jetzt in der allgemeinen Preußischen Verfassungsfrage ihre Stimmen abzugeben berechtigt sein würden. Im Gegentheil werden diese Herren in mannigfacher Beziehung sich verpflichtet halten, bei ihrem Sonderinteresse als störende Elemente bei diesem Werke aufzutreten. Aus diesem Grunde fühlen wir uns veranlaßt, an Eine hohe Versammlung die eben so dringende als ergebene Bitte zu richten: Hochdieselbe wolle, bevor die Verfassungsfrage berathen und entschieden wird, erst über die Polenfrage, namentlich über die Grenzlinie, welche die polnische und deutsche Bevölkerung des Großherzogthums Posen von einander scheiden, einen definitiven Beschluß herbeiführen, und demnächst in der Preußischen Verfassungsangelegenheit nur den Deputirten das Stimmrecht zuerkennen, welche zu dem deutschen Gebietstheile gehören werden, den übrigen aber das Stimmrecht in dieser Angelegenheit als nicht Betheiligten versagen."

„Hohe Versammlung! Frankfurt ist zum Sitze der ersten deutschen National-Versammlung erwählt worden, weil historische Erinnerungen diese Stadt vor allen anderen Deutschlands zu dieser Ehre berechtigen. Aber Deutschlands Gestalt hat sich verändert. Ost- und Westpreußen sind hinzugetreten, Lothringen und das Elsaß sind abgetrennt worden, Frankfurt ist an die äußerste Grenze Deutschlands gerückt und würde in Zeiten des Krieges feindlichen Angriffen zunächst ausgesetzt sein. Indem wir allen Theilen Deutschlands ein gleiches Recht an der National-Versammlung vindiciren, und beseelt von dem Wunsche, den Sitz derselben und der künftigen Reichsregierung von den Grenzen Frankreichs entfernt zu sehen, vereinigen wir uns zu der Bitte: Eine hohe Versammlung wolle für ihre späteren Zusammenkünfte und den Sitz der Reichsregierung einen mehr als Frankfurt im Herzen Deutschlands belegenen Ort bestimmen.

□ Berlin, den 20. Juli. Die große politische Regsamkeit ist hier
seit Kurzem einer nicht geringern politischen Apathie gewichen. Fragen, wie die
über eine oder zwei Kammern, über das königliche Veto, über directe oder in-
directe Wahlen läßt man bereits ohne sonderliche Gemüthsbetheilung von der
Verfassungscommission der National-Versammlung in einem Sinne vorläufig
entscheiden, der noch vor kaum langer Zeit als das wahre Wesen eines unzeit-
gemäßen, reaktionären Alt-Konstitutionalismus über die Schulter angesehen
und geeigneten Falls mit der intensivsten Leidenschaftlichkeit bekämpft wurde.
Schon wird der Anziehungskraft unserer Klubbs und Volksversammlungen nicht
sowohl von einem lebhaften und thätigen Interesse, als vielmehr einem fast nur
passiven Gewohnheitstriebe entsprochen und trotz der aus dem Munde der Red-
ner vernommenen, nachgerade freilich langweilig werdenden, stereotypen Tiraden
über schamlosen Rückschritt und lauernden Verrath entfernen sich die Zuhörer
mit nicht bewegterem Pulsschlage, als sie hingekommen. — Mögen nun die
Gründe dieser sichtlichen, und auf die Dauer selbst von keiner Seite wünschens-
werthen Erschlaffung des öffentlichen Geistes in den von mir schon früher er-
wähnten Einflüssen der, revolutionäre Geister wenig aufmunternden Ereignisse
jenseits des Rheins, so wie der entschiedenern Haltung unserer eigenen Regie-
rung zu suchen sein, oder auch aus der natürlichen Nothwendigkeit einer jedem
körperlichen wie geistigen Ueberreiz folgenden Abspannung fließen; jedenfalls
scheinen die Wortführer destructiver Tendenzen, deren Mißmuth nicht zu verken-
nen ist, auf die nächste Entwickelung unserer Verhältnisse ihre Gefährlichkeit
eingebüßt zu haben. Denn seitdem die meisten Berliner Buchdruckereibesitzer
einen summarischen Censurstrich gezogen und sich vereinigt haben, bis ein Preß-
gesetz emanirt sein wird, kein Plakat gegen die Regierung drucken zu lassen,
haben sogar die hiesigen Straßenecken ihre ephemere politische Lockung verloren,
die ohne Unterlaß leicht bewegliche Volksgruppen anzog und für Aufläufe und Demonstrationen stets frische Rekruten in Bereitschaft hielt. Noch gewichtiger aber ist der Umstand, daß überhaupt die „Vollkraft" unseres Proletariats, der in den Plänen der Anarchisten die hoffnungsvollste Rolle zugetheilt ist, ihnen für den Augenblick nicht in gleichem Maaße, wie früher, zu Gebote steht, nachdem man einen Theil der Ueberschüsse an die Ostbahn verpflanzt und den Rest am hiesigen Ort in sowohl dem allgemeinen, wie dem eigenen *) Vortheil ersprießliche Kanäle vertheilt hat.

Berlin. Die Stellung, welche Preußen zu Deutschland einzunehmen hat, ist eine so schwierige, und die von Frankfurt aus an dasselbe gestellten Forderungen in den Opfern für seine Selbstständigkeit sind so ungemessener Art, daß es dem Ministerium, welches Preußen für Deutschland zu erhalten bemüht sein muß, auch nicht möglich geworden ist, sich mit dem Prof. Rosenkranz über die allgemeinen politischen Fragen zu vereinigen; er befindet sich etwa in demselben Falle wie Hr. Rodbertus. Während des auf diese Weise noch fortdauernden Interimistikums verdient sich der Präsident Hr. v. Ladenberg durch seine wahrhaft aufopfernde Thätigkeit eine allgemeine und vorzügliche Anerkennung; selber ins Miuisterium zu treten, soll er abgelehnt haben, doch wird er jedem folgenden Minister ein unentbehrlicher Direktor sein, weil Keiner, wie er, seit Jahren den Gang der Geschäfte in gleicher Weise geleitet hat. Wer etwa nun für die Besetzung des Ministeriums der geistlichen ꝛc. Angelegenheiten in Frage kommen könnte, ist durchaus noch nicht bekannt, und die Aufgabe, welche dasselbe zu lösen hat, eine dermaßen schwierige, daß die Wahl eine besondere Sorgfalt erheischt. Preußen, der Staat der Intelligenz, sucht Wochen und Monate lang nach einem befähigten Unterrichts-Minister! — Die Verfassungs-Commission wird zu Anfang der nächsten Woche die Verfassungs-Urkunde, vollständig redigirt, den Abtheil. überweisen, um sodann noch das Wahl- und Preßgesetz in Erwägung zu nehmen. Die Commission hat beschlossen, die Worte „Verfassungs-Gesetz" der Regierungs-Vorlage in „Verfassungs-Urkunde" zu verwandeln. Unwahr ist es, daß die Commission den Beisatz „von Gottes Gnaden" gestrichen und vorgeschlagen habe, daß sich der König fortan „König der Preußen" nenne; nur die Zeichen „ꝛc. ꝛc." neben dem k. Titel sind in der Verfassungs-Urkunde zur Streichung beantragt worden. Der Eingang der Verfassungs-Urkunde lautet demnach nach dem Vorschlage der Commission: „Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen thun kund und fügen hiermit zu wissen, daß Wir mit den u. s. w. Zwei Beschlüsse verdienen hierbei der Erwähnung: 1) Das Richteramt ist mit der Verwaltung eines andern besoldeten Staats-Amtes unvereinbar; 2) die Verleihung von Titeln, welche nicht unmittelbar mit dem Amte verbunden sind, wie von Orden und die Zuwendung von Gratifikationen an Richter ist unstatthaft. — Wie man jetzt bestimmt versichern hört, werden am nächsten Sonntag 1000 Mann der neuen Stadt-Schutzwehr (Constabler) den Dienst antreten. Die Organisation des neuen Instituts ist militärisch: an der Spitze steht ein Oberst, Hr. Kaiser, ein als umsichtig und energisch gerühmter Mann, unter demselben fungiren Hauptleute, wozu hiesige Polizei-Commissarien ausersehen worden sind. — Der neue Polizei-Präsident, v. Bardeleben, hat seinen Amtsantritt den Stadtbehörden angezeigt. — Zu der hiesigen städtischen Kämmereistelle haben sich nicht weniger als neununddreißig Personen gemeldet. Die Prüfungs-Deputation der Stadtverordneten hat davon sieben auf eine Wahlliste gesetzt. Die Wahl selbst soll bis zum 28. d. M. stattfinden. — Seit dem Anfang dieser Woche gehen die Beiträge zu der freiwilligen Staats-Anleihe, welche im Ganzen bis dahin etwa 2 Mill. Thlr. eingetragen hatte, sehr reichlich hier ein. — Durch die maaßgebenden Bestimmungen des neuen Pensions-Etats sind im Staatshaushalt endlich einige der so nothwendigen Ersparungen möglich geworden, wie denn z. B. die Minister v. Kamptz und v. Werther in ihren Pensionen danach fixirt worden sind. Letzterer bezog bekanntlich bis zum 1. Juli d. J. ein Ruhegehalt ꝛc. von über 18,000 Thalern, welche jetzt denn doch bis auf 3000 ermäßigt sind. — Reisende, welche aus Süd-Deutschland kommen, versichern, daß dort die gereizte Stimmung gegen Preußen bedeutend im Abnehmen sei, indem man endlich anfängt, einzusehen, daß Deutschland ohne Preußen nichts, mit Preußen aber Alles sei, und daß die innige Verbindung Süddeutschlands mit diesem mächtigen und intelligenten Staate vor Allem erstrebt werden müsse. Diese versöhnende Stimmung giebt sich jetzt auch in der deutschen Nationalversammlung kund. **) (Sp. Z.)

Köln, den 19. Juli. Ueber Frankfurt geht uns so eben die Nachricht zu, daß unser Abgeordneter bei der Deutschen National-Versammlung, Herr Fr. Raveau, auf dem Gute des Abgeordneten Gutherz bei Wien noch immer krank darniederliegt. (K. Z.)

Frankfurt a. M., den 17. Juli. 39ste Sitzung der Deutschen National-Versammlung am 15. Juli. (Schluß.) Vogt verlangt, daß der Kriegs-Minister zu erscheinen eingeladen werde. Die Versammlung geht auf den Antrag ein. (Nach einer späteren Mittheilung des Präsidenten hat der Kriegs-Minister nicht aufgefunden werden können.) von Auerswald giebt weitere Zusätze, zu der erwähnten Erläuterung und geht auf die neuliche Entwickelung des Abgeordneten v. Radowitz, welcher einen Heeres-Bestand von nur 700,000 Mann fordert, ein. Es ist dabei nicht auf die Kosaken in Rußland und auf die mobilen Bataillone in Frankreich, durch welche die Linie im Innern entbehrlich wird, Rücksicht genommen. Die Verhältnisse haben sich in neuerer Zeit geändert. Die Russische Armee steht parallel der Deutschen Gränze gegen den Süden; die Verwickelungen in den Donau-Fürstenthümern sind im Zunehmen. Der Ausschuß beantragt nunmehr: Die Nationalversammlung beschließt, den Bericht des Ausschusses fur Wehrangelegenheiten vom 1. Juli und den Zusatz dazu vom 7. Juli der provisorischen Centralgewalt zu überweisen und

---

*) Fleißige Erdarbeiter verdienen jetzt hier 5 Rthlr wöchentlich.

**) Die der Redaktion namentlich aus Frankfurt einlaufenden Berichte bestätige dies. A. d. R.

diese zu ermächtigen, die in jenem Berichte und dem bemerkten Zusatze beantragte Vermehrung der Deutschen Streitkräfte nach dem Satze von zwei Procent der jetzigen Bevölkerung in Ausführung zu bringen. Vom Präsidenten wurde eine nicht unbedeutende Anzahl von Anträgen, zum großen Theil auf motivirte Tagesordnung gehend, verlesen. Reh von Darmstadt: Deutschland, auf zwei Seiten an mächtige Nachbarn gränzend, bedarf einer größeren Wehrhaftigkeit als diese, welche beide zum Theil ihre Gränzen an sich geschützt haben. Die Veranlassung des Beschlusses, welcher voraussichtlich Widerwille hervorrufen wird, darf man nicht dem Reichsverweser aufbürden. (Beifall.) Hagen von Heidelberg ist gegen den Ausschuß. Es ist allerdings eine größere Kampfrüstung nothwendig, aber auf dem Wege der Volksbewaffnung. Es muß auch eine militairische Einheit unter dem Reichsverweser hergestellt werden und dann ist Deutschland mächtiger dadurch, als durch die Heeresvermehrung. Der Präsident verliest einen Zusatz-Antrag von Riesser aus Hamburg, daß bei der beabsichtigten Aushebung ohne Berücksichtigung der bisherigen Exemptionen und Privilegien verfahren werden sollte; sodann einen Zusatz-Antrag Wernher's von Nierstein, daß bei der Ausrüstung der neu aufzufordernden Mannschaft aller militairische Prunk fallen und die Einfachheit der künftigen Bürgerwehr stattfinden soll, zu der die Versammlung die beschlossene Maßregel nur als einen Uebergang betrachtet. von Radowitz geht auf die Einwände ein, daß die bei dem Volke unbeliebte Vermehrung der stehenden Heere zu kostspielig und ohne nachgewiesene Bedürfnisse sei. Die Mehrkosten werden, wie bereits erwähnt, nicht so bedeutend sein, da nicht das ganze Heer stets präsent gehalten werden soll. Es handelt sich nur um ein Landwehr-System, welches Preußen bereits einmal gerettet hat. In den Deutschen Staaten treffen an Kosten für das Militairwesen $1\frac{1}{2}$ Thlr. auf den Kopf, in dem republikanischen Frankreich $2\frac{1}{2}$ Thlr. Man verlangt die aufzuwendenden Summen für Hebung der Industrie, aber man vergißt, daß die Industrie nur bei innerer und äußerer Sicherheit bestehen kann. Der Redner verweist ferner auf die unzuverlässige Freundschaft Frankreichs als Vater der Heeresverstärkung.

Vischer von Tübingen macht darauf aufmerksam, daß eine Aushebung wie sie der Ausschuß-Antrag vorschlägt, an vielen Orten als ein Eingriff in die Hütte, als eine Losreißung vom Heerde wird betrachtet werden. Wer die Volksbewaffnung verlangt, will nicht blos anarchische Haufen, sondern daß dieselbe dem bisherigen vernachlässigten anarchischen Zustande entrissen werde. Man soll vor Allem einen Umriß guter Volksbewaffnung geben und sodann vorläufig das erste Aufgebot einüben und bereit stellen. Was die Kosten angeht, so können bei einem gewissen Steuer-Betrag die Kosteu der Bewaffnung von dem Wehrmann selbst bestritten werden. Der Ausschuß wird den Entwurf, mit dem er sich nach seiner Versicherung schon beschäftigt, bald vorlegen können. Der Redner beantragt, daß von dem Ausschuß ein auf Volksbewaffnung gegründetes Wehr-Gesetz vorgelegt und angenommen und dann die Centralgewlt mit sofortiger Bildung des ersten Banners beauftragt werde. von Stavenhagen spricht im Sinne des ersten Redners.

Leue ist für Verwerfung der Sache an den Reichsverweser und gegen jede Vermehrung des stehenden Heeres. Ein Krieg mit Frankreich droht nicht; auch die in der jetzigen Regierung befindlichen Generale haben erklärt, die Freiheit anderer Völker achten zu wollen. Ein Kriegsfall wird nur eintreten, wenn diese anderwärts unterdrückt würde. Das Gelüste nach der Rheingränze ist aufgegeben, nachdem die Franzosen gehört haben, daß die Rheinländer sich die Freiheit selbst erkämpfen und Deutsche bleiben wollen. Der Kaiser von Rußland wird keinen Krieg beginnen, obschon es gefährlich ist für ein absolut beherrschtes Land ein freies Volk neben sich zu haben. Aber selbst die Berührung im Kriege würde freie Ideen zurückbringen, und Rußland hält seine Gränzen gegen solche Ideen möglichst versperrt. Der Volkswille in Deutschland ist überall gegen stehende Heere und noch mehr gegen die Vermehrung, da dem Volke Verminderung zugesicheet worden ist. Die National-Versammlung soll den Volkswillen achten, auf dem allein ihr Ansehen beruht. (Beifall.) Fürst Lichnowski: Die Angriffe gegen den Antrag betreffen den Kostenpunkt, sodann die Frage der Zweckmäßigkeit und Nützlichkeit. Gegen letzteres hat man eine Reihe von Rednern gehört. Bei der Unterstützung, die man von Ungarn erwartet, und doch nur gegen Rußland in Rechnung bringen kann, soll man bedenken, daß im Süden von Ungarn slavische Stämme wohnen, durch welche Rußland Ungarn hinreichend beschäftigen wird. Man hat auf das Bündniß mit Frankreich hingewiesen; ich glaube nicht, daß wir mit dem Händedruck, den wir erwiedern sollen, die 300 Bataillone auflösen werden. (Gelächter auf der Rechten Seite.) In Frankreich denkt gewiß jetzt Niemand an einen zweiten Kongreß von Pillnitz, und doch wird armirt. Glaubt man, daß fünf junge, sieggewohnte Generale, welche an der Spitze einer siegreichen Armee stehen, sich so leicht alle Kriegsgelüste vergehen lassen werden? Es wird sich zeigen, ob der Diktator nach dem gewöhnlichen Lauf der Geschichte als militairischer Diktator fortfahren oder als Cincinnatus zurücktreten wird. Rußland will allerdings den Krieg nicht, aber zwischen ihm und Deutschland liegt ein Zankapfel, den Alle kennen. Wenn die Reorganisation von Posen genehmigt wird und in dem reorganisirten Theile ein Heerd der Propaganda sich bilden wird, wird und kann Rußland ruhig zusehen, bis die Polen in Riga stehen? Und, werden sie zurückgeschlagen, wo ist dann die Gränze des Vorrückens für die Russen. An eine Abschaffung der stehenden Heere ist nicht zu denken. Die Kosten für die Armirung sind nicht zu vermeiden; es fragt sich nur, ob sie jetzt oder später, vielleicht zu spät, aufgewendet werden sollen. (Beifall.) Wedemeyer ist für den Kommissionsantrag. Schulz von Darmstadt entwickelt seinen neulich gestellten, jetzt modifizirten Antrag. Dieser geht dahin, daß eine Volkswehr von 400,000 Mann, uud zwar erstens aus den zum Kriegsdienst tauglichen Freiwilligen, 2) aus dem Aufgebote der Altersklassen, und erforderlichenfalls bis zum achtzehnten Jahre zurück, gebildet werde. Es wurde nunmehr auf immer lauteres Verlangen Schlnß der Verhandlungen beschlossen. Zimmermann von Stutgart und Wesendonck verlangen namentliche Abstimmung in Bezug auf den Kommissions-Antrag. Es wurde hierauf zur Abstimmung geschritten, bei welcher die Anträge von Wiesner, Vogt, Vischer rc., welche anf motivirte Tagesordnung oder auf Verweisung an die Centralgewalt gehen, abgelehnt, dagegen der Ausschuß-Antrag bei 453 Stimmeuden mit 303 Stimmen gegen 149 St. angenommen wurde. Jordan von Berlin erklärte sich der Abstimmung enthalten zu müssen. Ferner wurden die Anträge von Riesser und Wernher von Nierstein fast einstimmig angenommen. Schluß der Sitzung $3\frac{1}{4}$ Uhr; nächste Sitznng d en 17. Vormittags 9 Uhr; Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung über die Grundrechte. Die Dekrete in Bezug auf die (gestern erwähnten) Ernennungen der Reichs-Minister lauten folgendermaßen:

Ich ernenne den Abgeordneten der verfassunggebenden Deutschen National-Versammlung, Anton von Scherling aus Wien, zum Reichs-Minister des Innern und der auswärtigen Angelegenheiten.

Frankfurt a. M., den 15. Juli 1848.

Der Reichsverweser (gez.) Erzherzog Johann
(gez.) E. Peucker.

Ich ernenne den Abgeordneten der verfassunggebenden Deutschen National-Versammlung, Johaun Gustav Heckscher aus Hamburg, zum Reichsminister der Justiz. Frankfurt a. M., den 15. Juli 1848.

Der Reichsverweser (gez.) Erzherzog Johann.
(gez.) Schmerling.

Ich ernenne den Königlich Preußischen General-Major Eduard von Peucker aus Schmiedeberg zum Reichs-Kriegsminister.

Frankfurt a. M., den 15. Juli 1848.

Der Reichsverweser (gez.) Erzherzog Johann.
(gez.) Schmerling.

Frankfurt a. M., den 17. Juni. Vierzigste Sitzung der Deutschen National-Versammlung. Nach kurzer Debatte über die Beurlaubung der Abgeordneten, und die Interpellation der Reichsminister, wobei Jordan zur Beseitigung eines Interpellationsfiebers den Antrag stellt, daß eine Interpellation von vorne herein von wenigstens 20 Mitgliedern unterstützt werden müsse, wurde sodann von Stenzel aus Breslau die Vollendung eines bereits in Druck gegebenen Berichts des völkerrechtlichen Ausschusses bezüglich der Posener Frage angekündigt. Der mit Ausnahme einer Stimme einstimmig gefaßte Antrag des Berichts geht dahin, die National-Versammlung möge unter den obwaltenden Umständen 1) die Aufnahme derjenigen Theile des Großherzogthums Posen, welche auf den Antrag der Preußischen Regierung durch einstimmigen Beschluß der Bundesversammlung vom 22. Mai in den Deutschen Bund aufgenommen worden sind, wiederholt anerkennen und deshalb die definitive Zulassung der Posener Abgeordneten aussprechen; 2) die von dem Königl. Preußischen Commissair unterm 4. Juni vorläufig angeordneten Demarcationslinie vorläufig anerkennen, sich jedoch die definitive Beschlußnahme vorbehalten; 3) die bestimmte Erklärung von der Preußischen Regierung verlangen, daß sie nicht nur, so lange der Polnische Theil von Posen unter ihrer (der Preußischen) Regierung stehe, die Deutschen in ihrer Nationalität erhalten, sondern auch für den Fall, daß jener Theil aufhören werde, unter Preußischer Regierung zu stehen, für ferneren Schutz sorgen werde; 4) bezüglich der Petitionen aus Westpreußen soll auf die durch die National-Versammlung bereits gegebene Erklärung wegen des Schutzes fremder Nationalitäten hingewiesen werden. — Es wurde nunmehr zur Fortsetzung der Berathung über §. 3. der Grundrechte geschritten. Plathner, Jahn verlangen nähere Bestimmung der Ausdrücke „unbescholten", „peinlich". Waitz ist für das erste Minoritäts-Erachten. Die erste Minderheit des Ausschusses will kein besonderes Staatsbürgerrecht, sie erkennt nur an, daß besondere Rechte übrig bleiben, welche die Anwendung des allgemeinen Staatsbürgerrechts auf den einzelnen Staat sind. Nauwerck verlangt den Wegfall des Wortes „unbescholten". Christ aus Baden verlangt, — in Erwägung, daß diejenigen Rechte, welche den Inhalt des Staatsbürgerrechts der einzelnen Staaten ausmachten, im §. 2. aufgezählt und nach §. 1. zum allgemeinen Staatsbürgerrecht erhoben sind; daß das Gemeindebürgerrecht der einzelnen Staaten nach §. 2. beibehalten wird; daß somit für ein besonderes, von dem allgemeinen Staatsbürgerrecht und dem Gemeindebürgerrecht verschiedenes Staatsbürgerrecht der einzelnen Staaten kein Inhalt mehr vorhanden, folglich der §. 3. ohne Gegenstand ist, — den §. 3. zu streichen. Ludwig Swarzenberg erinnert gegen den Vorredner, daß der §. 3. im Zusammenhange mit den auderen Paragraphen allerdings einen besondern Inhalt hat, indem er die politischen Rechte in den fortbestehenden einzelnen Staaten betrifft. Der Verbesserungs-Antrag des Redners verlangt: die Aufnahme in das Staatsbürgerthum eines einzelnen Deutschen Staates darf Keinem versagt werden, welcher das allgemeine Deutsche Staatsbürgerthum genießt. Andere Amendements von v. Rönne, Bresgen; an der Debatte betheiligen sich Zachariä, Grävell, Hildebrand, Eisenstuck. Beseler ergreift das Wort zum Schlusse als Berichterstatter des Verfassungs-Ausschusses. Der Ausschuß ist in dem Falle, mehrere durch die Verhandlung hervorgerufene Verbesserungs-Vorschläge machen zu können. Er ist mit dem Antrage Zenetti's einverstanden und ändert in §. 1. Deutsches „Staatsbürgerrecht" in Deutsches „Reichsbürgerrecht". Es giebt dieser Ausdruck auch einen Gegensatz zu dem Staatsbürgerrecht der einzelnen Staaten. Durch das Reichsbürgerrecht, eine neue Bestimmung, ist die politisch-nationale Einheit konstituirt. Es nmfaßt die Rechte, welche allen Deutschen gewährleistet werden. Der §. 1. enthält das Allgemeine; §. 2. führt auf die Rechte hinüber, die in den einzelnen Staaten schon vorhanden waren. Was die Nothwendigkeit des §. 3. betrifft, so geht, so wenig die Gemeinde in den Staat aufgeht, der einzelne Staat in den Bundesstaat auf. Eben der Bundesstaat begründet den Unterschied zwischen sich selbst und den einzelnen Staaten. Eben deshalb muß auch ein besonderes Staatsbürgerrecht bestehen. Der Redner ging auf eine Charakteristik und umfassende Kritik der zahlreichen Amendements und Anträge ein, in die ihm zu folgen der Raum nicht gestattet. Die Fassung der drei ersten Paragraphen des Ausschuß-Antrags erhält einige Abänderungen. Die Bestimmung bezüglich der Wahl zur Reichsversammlung soll ganz dem Wahlgesetz überlassen

werden. Der Schluß des §. 2., die Bestimmung über das Provisorium und der Vorbehalt der zu erlassenden Reichsgesetze, wird zur Vermeidung von Mißverständnissen anders gefaßt. Ebenso §. 3. Die Sitzung wurde nach 3 Uhr geschlossen. Die Abstimmung über die ersten drei Paragraphen ist bei der durch die Menge der Amendements verursachten Schwierigkeit der Ordnung der Reihenfolge auf die Sitzung vom künftigen Donnerstag, den 20. Juli, verschoben worden.

— Es scheinen bedeutende Schwierigkeiten sich bei der Vervollständigung des Reichsministeriums vorzufinden. Hr. v. Schmerling hat nun auch das Portefeuille der Justiz für den abwesenden Herrn Heckscher interimistisch übernommen, so daß gegenwärtig sich das Portefeuille des Innern, der auswärtigen Angelegenheiten und der Justiz in seinen Händen vereinigen. Hr. v. Rönne scheint der gegenwärtigen Kombination fremd bleiben zu wollen; dagegen vermuthet man, derselbe werde die für die Interessen der Volkswirthschaft so hochwichtige Gesandtschaft nach Amerika erhalten. Diese Wahl hatte Preußen ebenfalls für seine Vertretung in Amerika getroffen; es ist indeß zu wünschen und zu hoffen, daß Hr. v. Rönne die allgemeine Vertretung Deutschlands übernehme, da dieselbe für Preußen überdieß nun überflüssig wird. Ob ein besonderes Ministerium für die Finanzen **sogleich** errichtet wird, ist noch zweifelhaft. Man spricht für eine Finanzabtheilung im Ministerium für Volkswirthschaft unter Herrn Merk; durch welche die spätere Errichtung eines Finanzministeriums, das jetzt noch keineswegs erforderlich scheint, angebahnt werden würde. So erwartet man auch die Errichtung einer Marineabtheilung im Kriegsministerium, und die Aussetzung der Errichtung eines Marineministeriums, bis mit dem Bau von Arsenalen, Schiffen rc. vorgeschritten wird. Die erforderlichen Vorbereitungen trifft jetzt die Marinekommission; — ob genügend oder nicht, wird die Folge lehren. (O.P.A.Z.)

Im Darmstädtischen ist rasch eine Kabinets-Krisis eingetreten. Heinrich v. Gagern's Freund, der Ministerial-Vorstand Eigenbrodt, hat nach sehr kurzer Leitung der Geschäfte seine Entlassung eingereicht. Die O. P. A. Z. bemerkt hierzu: „Seine Stellung war in der neueren Zeit durch die wachsende Opposition im Lande sehr mißlich geworden, um so mehr, da bei dem allgemeinen Dringen auf Kammerauflösung die Stände einem Ministerium nicht mehr eine feste Stütze leihen können. Der nächste Grund der Kabinetsänderung ist jedoch nicht bekannt. Jaup ist aller Wahrscheinlichkeit nach Eigenbrodt's Nachfolger. Auch in dem Finanz- und dem Kriegsministerium dürften vielleicht baldige Veränderungen eintreten."

Karlsruhe, den 15. Juli. In Folge des Austritts des Abgeordneten Kapp aus der konstituirenden Deutschen National-Versammlung ist eine Ersatzwahl angeordnet und mit der Leitung derselben Oberhofgerichtsrath Mühling beauftragt worden. Als Wahlort ist Gerlachsheim bezeichnet.

— Auf nächsten Donnerstag, 20. d. M., ist unsere vor einigen Wochen vertagte zweite Kammer wieder einberufen, um in einigen Sitzungen mehrere dringende Gegenstände zu erledigen. Dieselbe wird dann nochmals auf einige Zeit vertagt und bald nachher aufgelöst werden.

Mainz, den 16. Juli. Unser Stadthaus mußte heute Abend durch Militair bewacht und die dahin führenden Straßen mußten gesperrt werden, weil mehrere Haufen einer sehr geringfügigen Ursache wegen die Absicht bethätigt hatten, das erstere zu beschädigen. In dem $\frac{1}{4}$ Stunde von hier entfernten Dörfchen Zahlbach hatte bei Gelegenheit der Nachkirchweihe ein zwölfjähriger Junge die Republik leben lassen, weshalb ein Polizeiagent die Militairpatrouille requirirte, um den Jungen zu verhaften. Die Patrouille, welche aber inzwischen bemerkt hatte, daß der Polizeiagent betrunken war, arretirte ihn selbst in Gesellschaft des Jungen und brachte beide nach dem Stadthause, wo sich alsbald Gruppen bildeten, Fenster des Stadthauses einwarfen, und mehrere Polizeibeamten mißhandelten. Den Streifwachen gelang es endlich, die Menge zu zerstreuen, ohne von den Waffen Gebrauch zu machen.

Manheim, den 17. Juli. Heute Vormittag gegen 12 Uhr sind die Heidelberger Studenten auf ihrem Auszug nach Rheinbayern, in langem Zuge, je zwei und zwei, unter Vorantragung von schwarz-roth-goldenen Fahnen durch unsere Stadt passirt. Der Zug geschah in großer Ordnung, und nach seiner Länge zu schließen, muß es dermalen auf der Academia Ruperto-Carola am grünen Neckar sehr leer aussehen. Ursache des Auszuges ist die durch die Regierung verfügte Auflösung des dortigen demokratischen Vereins. Der Zug geht der „Deutschen Zeitung" zufolge nach Neustadt a. d. Hardt. Eine in Folge dieser Maßregel nach Karlsruhe gesandte Studentendeputation kehrte gestern unverrichteter Sache von dort zurück.*)

Dresden, den 18. Juli. Gestern begann in der II. **Kammer** die Berathung über das Königl. Dekret vom 1. Juli., die Einkommensteuer betreffend, und wurde in der heutigen Sitzung beendigt. Da bei der beschlossenen Vermehrung der Kassenbestände ein Theil des Bedarfs im Wege einer außerordentlichen Einkommensteuer aufgebracht werden soll, nach dem dermaligen Stande der Vorberathung über diese Angelegenheit jedoch nicht wohl zu erwarten steht, daß eine die ganze unterm 26. Mai an die Kammer ergangene Vorlage umfassende Erklärung der Stände zeitig genug werde erfolgen können, so hat die Staatsregierung das obige Zwischendekret an die Kammer erlassen, worin das geeignetste Auskunftsmittel, um einerseits die für die vorliegenden Bedürfnisse erforderlichen Deckungsmittel rechtzeitig herbeizuziehen, andererseits aber der wünschenswerthen sorgfältigen Berathung des die Einkommensteuer betreffenden Gesetzentwurfs keinen Eintrag zu thun, darin gefunden wird, daß 1) vorbehaltlich weiterer Berathugn der Stände über jenen Entwurf zur Zeit nur über die §§. 6 und 7 desselben eine spezielle Berathung und Beschlußnahme stattfinde, und 2) daß die Regierung ermächtigt werde, auf Grund der angezogenen Paragraphen, im Uebrigen aber vorläufig nach Maßgabe der im Gesetzentwurf enthaltenen, zu diesem Behuf, insoweit als für den vorliegenden Zweck erforderlich, mittels Verordnung, unter Bezugnahme auf die ständische Zustimmung zu veröffentlichenden Bestimmungen, von dem sich danach ergebenden Steuerkapitale $1\frac{1}{2}$ Proc. alsbald zu erheben; wogegen 3) die Regierung nach erfolgter spezieller Berathung des Gesetzentwurfs und genauer Feststellung des Steuerkapitals ihre Vorschläge darüber zu eröffnen haben würde, wie viel noch außer jenen $1\frac{1}{2}$ Proc. und daher wie viel im Ganzen an Einkommensteuer erhoben werden solle, zugleich aber 4) bei Erhebung dieses ferneren Steuerbetrags die nach der weitern Berathung und etwanigen Modifikation des Gesetzentwurfs nöthig werdende Berichtigung der einzelnen Steueransätze und die deshalb eintretende Abrechnung mit den Steuerpflichtigen zu erfolgen haben würde. Die berichterstattende Finanzdeputation erklärt sich mit den obigen vier Vorschlägen in der Staatsregierung im Allgemeinen einverstanden, beantragt jedoch, daß auch die §§. 1 und 2 des Gesetzentwurfs über die Einkommensteuer, als hier einschlagend, schon jetzt mit zur Berathung und Beschlußfassung gezogen werden; ferner empfiehlt zu den von der Regierung gemachten Vorschlägen den Zusatz: „Für den unerwarteten Fall, daß die Stände über die Erbebung einer außerordentlichen Einkommensteuer sich nicht vereinbaren könnten, nehmen die hiernach erhobenen $1\frac{1}{2}$ Proc. die Natur eines Vorschusses an, dessen Rückvergütung an die Steuerpflichtigen in geeigneter Weise seiner Zeit von der Staatsregierung angeordnet werden wird." Diese beiden Anträge der Deputation fanden nach kurzer Discussion bei der Kammer einstimmige Annahme.

Von der Sächsisch-Böhmischen Grenze, den 15. Juli. Es ist nun auch in Oesterreich zum ersten Male der Fall eingetreten, daß ein Nichtösterreicher zum Abgeordneten des Deutschen Parlaments nach Frankfurt gewählt worden ist, und zwar ist diese Wahl auf einen unserer Sächsischen Mitbürger, auf Dr. Heinrich Laube gefallen. Als einer der Ersten, welche schon seit vielen Jahren auf die gefährliche separatistische Tendenz der Czechen hingewiesen und dafür Jahre lang Spott und Angriff geärntet hatte, war er in den Deusch-Böhmischen Kreisen nicht blos als Schriftsteller, sondern auch in dieser Richtung bekannt, und als er im vergangenen Monate zur Cur nach Karlsbad kam, richtete er dadurch wieder die Aufmerksamkeit auf sich, daß er mündlich und schriftlich gegen die Wahl zu einem constituirenden Landtage nach Prag auftrat und dringend die sofortige Wahl zum Reichstage nach Wien anrieth. Er trat in dem Wahldistrikt als Candidat auf, wo er als „Ausländer" Anfangs wenig Aussicht hatte, die beiden einheimischen Mitbewerber auszustechen. In einer wohl eine Stunde dauernden Rede auf dem Ellbogener Rathhause siegte er jedoch so gründlich, daß man ihn mit Acclamation erwählen wollte und daß er, als der Wahlkommissar auf schriftliche Abstimmung drang, 81 Stimmen von 95 erhielt.

Wien, den 19. Juli. Auf Antrag des mit der Bildung eines Ministeriums beauftragten provisorischen Ministers des Innern hat Se. Kaiserl. Hoheit der Erzherzog Johann, als Stellvertreter Sr. Majestät, die Zusammensetzung des Ministeriums in folgender Weise genehmigt: Conseils-Präsident, Minister des Hauses und des Aeußern: Frhr. v. **Wessenberg**; Minister des Innern: Frhr. v. **Dobblhof**; Minister der Justiz: Dr. Alex. **Bach**; Minister des Kriegs: Graf **Latour**; Minister der Finanzen: Frhr. v. **Kraus** (provisorisch): Unter-Staats-Sekretair im Ministerium der Finanzen: Frhr. v. **Stifft**; Minister des Unterrichts: Frhr. v. **Doblhoff** (provisorisch); Unter-Staatssekretair im Ministerium des Unterrichts: Dr. Frhr. v. **Feuchtersleben**; Minister der öffentlichen Arbeiten: Ernst v. **Schwarzer**. (Wien. Ztg.)

— Außer vorstehendem Bericht enthält die Wiener Ztg. nachstehende **offizielle** Mittheilung: „In der schwierigsten Zeit unseres jungen, freiheitlichen Staatslebens tritt das Ministerium an die Spitze der Verwaltung und hält es für seine erste Pflicht, offen und entschieden die **Grundzüge** zu bezeichnen, welche es als **leitend für sein Wirken** anerkennt. Es will die dauerhafte Begründung der konstitutionell-volksthümlichen Monarchie, auf der Grundlage des gesetzlich ausgesprochenen Gesammtwillens, indem es überzeugt ist, daß nur eine Regierung kräftig ist, wenn sie im Volke wurzelt; nur dadurch wird es möglich, den Staat in fortschreitender Entwickelung zu erhalten. In der Ansicht, daß die Wünsche und Bedürfnisse des Vaterlandes sich vor allem in der Befestigung der bereits erworbenen Freiheit einigen, hofft das Ministerium, daß es, getragen durch das Vertrauen und die Mitwirkung aller Freunde des gesetzlichen Fortschrittes, im Stande sein werde, die Rechte des Volkes und des Thrones gegen alle Angriffe zu schützen. Um aber die Freiheit stark zu machen, muß auch die Regierung stark sein. Das Ministerium wird mit allen gerechten Wünschen und Ansprüchen des Volkes Hand in Hand gehen; erklärt jedoch zugleich auf das Entschiedenste, sich auf keine Weise irgend etwas abdringen zu lassen, was seiner Ueberzeugung nach mit der Freiheit und dem Wohle der Gesammtheit unverträglich wäre, während es zugleich als heilige Pflicht es anerkennt, die Stimmung der öffentlichen Meinung immer in genaue Erwägung zu ziehen. Das Ministerium erkennt vollkommen die Nothwendigkeit, die Segnungen der konstitutionellen Freiheit in allen Provinzen gleichzeitig zur Geltung zu bringen, und es wird daher eine seiner ersten Handlungen sein, alle dazu nothwendigen Maßregeln auf das

*) Nach der D. Z. sind etwa 120 Studenten in Heidelberg geblieben, und eine Ausgleichung ist in Aussicht.

kräftigste einzuleiten. Eben so ist das Ministerium vollkommen von der Ueberzeugung durchdrungen, daß Oesterreich, als Gränzwacht der europäischen Gesittung im Osten, groß, stark und einig bleiben müsse. Um aber die Idee der Größe und Einigkeit Oesterreichs, mit den vollsten Garantien staatsbürgerlicher und nationaler Freiheit verbunden, zur Wahrheit werden zu lassen, muß das Ministerium nicht allein ein Ministerium der politischen, sondern auch der durchgreifendsten administrativen Reform sein. In dem lebhaftesten Gefühle, daß nun jede Schranke des Mißtrauens zwischen Volk und Regierung wegzuräumen, fortan die redlichste Offenheit herrschen müsse, wird die Regierung veranlassen, daß in allen nationalen Angelegenheiten der Provinzen vollkommene unparteiische Oeffentlichkeit stattfinde. Das Ministerium glaubt, daß das große Ziel, welches das gesammte Vaterland seit seiner Erhebung anstrebt, so wie die innige Verbindung Oesterreichs mit Deutschland, nur durch die Anerkennung der vollen Gleichberechtigung aller Nationalitäten im Staate erreicht und gewährleistet werde. Nach diesen Grundsätzen handelnd, hofft das Ministerium auf die Billigung der Reichsversammlung rechnen zu dürfen."

Sechste vorbereitende Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung am 18. Juli. Der Alterspräsident Weiß eröffnet die Sitzung um 10¼ Uhr. Das Protokoll der 4. und 5. Sitzung wied durch den Schriftführer vorgelesen. Nachdem die neun Abtheilungen die geprüften Wahlen der Versammlung zue Annahme voegelegt, diese angenommen waren, zeigte sich, daß bereits 202 Abgeordnete anwesend, deren Wahl anstandlos befunden ward. Der Alterspräsident Weiß erklärt hierauf feierlich die Reichsversammlung als konstituirt, und fordert im Sinne des §. 6 der angenommenen Ordnung die Versammlung auf, durch Stimmenmehrheit zur Wahl des Präsidenten und des Bureaus zu schreiten. Nach einer längern Diskussion bringt derselbe zur Abstimmung: ob morgen zur Wahl des Präsidenten zu schreiten sei: die Abstimmung geschah mit Namensaufruf, die Mehrheit 146 (meist Polen und Czechen) dagegen, die Minorität 135, dafür. — Schluß der Sitzung 2½ Uhr.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 18. Juli. In der gestrigen Sitzung der National-Versammlung bat Herr Lherbette um Erlaubniß, eine einfache Frage an den Minister des Auswärtigen zu richten. Es handle sich um das erfolgte Einrücken der Russen in die Moldau und Walachei. Politische Bewegungen in diesen Ländern hätten Rußland vermocht, sein Protektoratsrecht auszuüben; sie würdrn seiner Politik den Vorwand darbieten, seit lange bekannte Entwürfe auszuführen. Oesterreich und England aber sei eben so sehr, als Frankreich, daran gelegen, Rußland zu verhindern, daß es nach Konstantinopel gehe. Unter solchen Umständen sei Frankreichs Politik klar vorgezeichnet; es müsse sich offen an die Spitze der Widerstandsbewegung gegen Rußland stellen. Herr Bastide erwiederte, noch fehle es an ganz bestimmten Nachrichten über die Vorgänge in den Donaufürstenthümern seit der Bewegung, welche Bibesco vertrieben habe. Er bitte Lherbette, zu glauben, daß die Französische Regierung keine ihrer Pflichten versäumen, ihrem Grundsatze auch hier treu bleiben und die Sache der Freiheit und Unabhängigkeit zu vertheidigen wissen werde. Herr Lherbette erklärte sich durch die Antwort befriedigt. (Gelächter.) — An der Tagesordnung war die Berathung eines Dekretentwurfs bezüglich der an Militairpensionaire zu übertragenden Civilämter. Nach längeren Erörterungen wurde derselbe an die Bureaux zurückgewiesen. Der für dringlich erklärte Dekretrntwurf wegen des den Theatern zu leistenden Beistandes war an der Tagesordnung, und V. Hugo beantragte Namens der Commission die Annahme, weil davon das Bestehen der Theater abhänge. Diese gäben in Paris etwa 10,000 Personen ihr Brod und etwa 30 Millonen Frcs. würden durch sie jährkich in Umlauf gesetzt. Ihre Schließung sei daher ein wahres Unglück gewesen, und ihre Wiedereröffnung werde man als eine wirksame Beruhigung ansehen. Nach seiner Ansicht würde eine Zusammenrottung schwerlich einem Freitheater widerstehen. (Gelächter.) Die Nützlichkeit des Zuschusses an die Pariser Theater sei somit erwiesen und er hoffe, daß die ihnen jetzt zu bewilligende Hilfe sie bis zum Winter durchfristen werde. Da dies Geld aber der Zukunft und nicht der Vergangenheit dienen solle, so schlage die Commission vor, ausdrücklich zu erklären, daß der votirte Zuschuß unantastbar und nicht der Beschlaglegung ausgesetzt sein solle. Im Einverständnisse mit dem Minister des Innern habe die Commission übrigens die Beiträge der den Theatern zu bewilligenden Summen hie und da abgeändert; das Theater Beaumarchais habe sie eingeschlossen und daher komme es, daß die Geldsumme der zu bewilligenden Zuschüsse 690,000 Frcs. betrage, wovon mindestens zwei Drittel ausschließlich zur Bezahlung der Schauspieler und des sonstigen Personals verwendet werden sollten. Nachdem einige Redner gesprochen hatten, wurden die allgemeinen Debatten geschlossen und die Hauptartikel 1 und 2 sofort angenommen. Ueber Art. 3, welcher die Zuschüsse vor Beschlaglegung ꝛc. sichert, entspann sich eine Erörterung, der aber bald die Annahme des Artikels und des ganzen Dekretentwurfs folgte. — Der Dekretentwurf in Betreff der dem Erzbischofe Affre im Pantheon zu errichtenden Marmorsäule mit Piedestal wurde nach längeren Debatten in der Weise genehmigt, daß eine Summe von 50,000 Frcs. für die Kosten bewilligt und festgesetzt wurde, es solle eine Ausschreibung für Anfertigung des Denkmals stattfinden.

— Die Pariser Berichte schildern die gereizte, angsterfüllte Stimmung, welche in allen gesellschaftlichen Kreisen unter den Bürgern, wie unter dem Militair, unter den niedern Ständen wie in den höchsten Regionen der Staatsverwaltung herrscht. Der Oberpostamts Zeitung wird unter dem 14. Juli geschrieben: „Wenn jetzt wieder ein Kampf ausbräche, er würde an Schreckens- und Rachescenen Alles übertreffen, was wir bisher erlebt haben. Der jetzige Zustand kann nicht lange mehr andauern; er ist unerträglich. Trotz der Militairgewalt, welche jeden Empörungsversuch im Keime erstickt, trotz der flehentlichen Bitten der extremsten Demokraten, welche das Volk beschwören, sich ruhig zu verhalten, trotz der kaum ergangenen unglücklichen Katastrophe, welche Tausende dem Tode, den Spitälern und Gefängnissen überliefert hat; trotz alledem sind wir der Gefahr einer neuen Katastrophe ausgesetzt. Die beunruhigendsten Gerüchte verbreiten seit einigen Tagen wieder Schrecken unter den Parisern. Man hat, wie es heißt, eine Verschwörung entdeckt, welche unter andern den Plan gehabt hätte, der Kinder aus den Pensionsanstalten sich als Geißeln zu bemächtigen, und sie innerhalb der Barrikaden so lange gefangen zu halten, bis man günstige Bedingungen erzwungen. — Das Militair und die National-Garde würden, wenn es jetzt zum Kampfe käme, keinen Pardon geben. Cavaignac selbst soll gesagt haben: „um ihe Vaterland zu retten, hätten die Russen Moskau verbrannt; um sein Vaterland zu retten, würde er keinen Anstand nehmen, die Pariser Vorstädte, wenn es nöthig wäre, zu demoliren." Der heutige Tag, der Jahrestag der Bastilleerstürmung, wurde schon lange als ein solcher bezeichnet, an dem es „losgehen" sollte. Gestern war noch diese Ansicht verbreitet. Wir hoffen, daß Vieles übertrieben, Vieles absichtlich erlogen wird, um die Bevölkerung in Angst zu erhalten; aber schlimm genug, daß es so leicht ist, durch lügenhafte Gerüchte den Schrecken zu erhalten, und viel schlimmer noch, daß diese Gerüchte zum Theil begründet sind!"

— Der Finanz-Minister Goudchaux hat in der gestrigen Sitzung der National-Versammlung auf eine an ihn gerichtete dringende Anfrage bestimmt und entschieden erklärt, daß das jetzige Ministerium die von dem vorigen Finanz-Minister vorgeschlagenen Maßregeln, wonach der Staat autorisirt werden sollte, an die Stelle der Versicherungs- und der Eisenbahn-Compagnieen zu treten und deren Eigenthum an sich zu bringen, nicht aufnehmen, also die betreffenden, von Goudchaux zurückgezogenen Gesetz-Entwürfe nicht wieder einbringen wolle, weder jetzt, noch zu irgend einer Zeit.

— Die Fabriken der Gobelins und von Beauvais sollen nach Versailles verlegt werden und sowohl mehr Umfang als neue Vervollkommnungen erhalten.

Eine Correspondenz der D. A. Z. schildert folgendermaßen den gegenwärtigen Zustand von Paris. Jetzt handelt es sich in Paris um nichts weniger als durch vereinzelte Verbrechen, deren Urheber fast stets Geheimniß bleiben, oder mehr oder minder glückliche Versuche dazu, steten Schrecken zu erwecken, der allgemeine Arbeit- und Muthlosigkeit, Elend und Noth zur Folge hat. Nicht nur mit einbrechender Nacht, sondern am hellen Tage werden hier gräßliche Mordthaten begangen; da stürzt ein Bürgergardist, dort zwei mobile Garden, da ein Dragoner, dann wieder ein armer Infanterist, von der Kugel im Kopf oder Herzen getroffen, nieder, um nimmermehr aufzustehen. Gestern warfen drei handfeste Kerle einen armen Mobilsoldaten, der eine Episode seines letzten Heldenlebens höchst naiv erzählt hatte, in den Kanal St.-Martin, und zwar um 1 Uhr Nachmittags. Schwimmend rettete er sich ans Ufer, da spaltete ihm einer der Mörder mit einer kleinen unter der Blouse versteckten Hacke den Kopf. Abends wurden einem 16jährigen Mobilgardisten die Augen ausgestochen! In einem Nu wird die Gasse vom Militär geschlossen, mehrere Soldaten fallen, man schreitet zu einer genauen Durchsuchung dieses oder jenes verdächtigen Hauses; die Zimmer sind zum größten Theile leer, auf dem Dache findet man noch die Flinte, die soeben gehandhabt worden, aber der Mörder ist nimmermehr zu finden. Mit der Höllenmaschine und dem unterminirten Boulevard Bonne-Nouvelle, wo sich mehre Pulverfässer mii Schwefelfaden bereit fanden, die der Nationalversammlung, besonders Cavaignac, sowie dem Generalstabe zur Zeit der Todtenfeier der für Ordnung und Freiheit gefallenen Ehrenbürger Frankreichs galten, noch nicht zufrieden, geht die Insurrection viel weiter. Die Chefs haben insgesammt theils anonym, theils pseudonym jedem einzelnen Volksrepräsentanten sowie dem Präsidenten und dem ganzen Bureau der Kammer geschrieben, daß sie Alle demnächst zu Hause, in ihrem Bette, würden erdrosselt werden. Cavaignac und Marie bekommen täglich etwa 20 Briefe von den Insurgenten, welche ihre und Frankreichs Zukunft rabenschwarz malen. Nächstens, schreiben sie, werden alle neu erfundenen Brand- und Höllenmaschinen an allen vier Ecken von Paris manipuliren. Und davor zittert auch die Gesammteinwohnerschaft. Vor einem offenen Angriff kann sie sich noch immer wahren, denn unsere wohlexercirten 53,000 Soldaten und die 100,000 Nationalgardisten, auf welche wir stets sicher zählen können, dürften jetzt noch leichter wie im Juni siegen, zumal uns der Belagerungszustand sehr zu Nutzen kommt. Allein wer wahrt uns vor Feuer? Vorgestern hatten die Mordbrenner in der Faubourg St.-Antoine folgenden Plan ausgebrütet: Etwa 2—300 sollten bei der Bastille Spektakel anfangen, der Barrikadenbau wäre darauf mit Blitzesschnelle gefolgt, und dann wäre die ganze, belebteste, industriereichste Vorstadt angezündet worden. Schon zogen die Weiber (denn kaum war der Plan ausgeheckt, sollte er schon ins Leben treten) mit ihren Kindern und einigen alten Fetzen d. h. mit Hab und Gut aus, da gelang es der demosthenischen Beredtsamkeit und den feinen lockenden Versprechungen einiger wohlgesinnten populairen Männer, sie zu überreden, von dem verhängnißvollen Vorhaben abzustehen. Warum wirft man sie nicht in den Kerker? Nicht 14, sondern 25,000 Gefangene nehmen seit drei Wochen alle größern und kleinern Gefängnisse, Forts um Paris ꝛc. ein, nachdem bereits über 6000 freigelassen worden sind. Man müßte mindestens noch 80,000 hinzu addiren, denn die ganze arbeitende Klasse ist mehr oder minder demoralisirt und stirbt fast vor Hunger. Von Arbeit war früher wenig, jetzt aber gar keine Rede. Gestern Nacht wurden die Vorstädte St.-Denis, St.-Martin und Temple militairisch umzingelt, von 10 Uhr an

(Mit drei Beilagen)

durfte Keiner heraus noch hinein. Die Patrouillen waren alle vervierfacht, hier und da kamen sie mit gefälltem Bayonnett, im Sturmschritt, auf die unschuldigsten Fußgänger los. Fort und fort, bis 6 Uhr Morgens schallte es: „Wer da? Qui vive?“ Wer nicht das dritte Mal rasch antwortete, wurde erschossen; auf dem Trottoir durfte Keiner, selbst mit einem Freipasse versehen, gehen, sondern stets, ob Weib oder Kind, in Begleitung zweier Nationalgardisten, nur in der Mitte der Straße. Das ganze Quartier Montmartre, besonders die Straßen Coquenard und Montholon, mußten auf ausdrücklichen Befehl der Polizei und Mairie hell erleuchtet werden, was eigentlich nach Cavaignae's Ordre während des ganzen Belagerungszustandes geschehen sollte. Des Morgens fand man in dem betreffenden Arrondissement mehre Todte. Der Grund dieser außerordentlichen Vorsichtsmaßregeln liegt in der Versicherung, daß in Montmartre's Steinbrüchen und all den kleinen Häuschen ringsherum, besonders in den Kellern, viel Pulver und viele Insurgenten versteckt, Munition und Flinten dort für die neue Bartholomäusnacht vergraben wären.

Großbritannien und Irland.

Ueber die Carlistischen Bewegungen in Spanien bemerkt die O. P. A. Z. aus London, den 13. Juli. Nach einem Schreiben aus Madrid stünden die officiellen und die Privatberichte aus Estella und Pampeluna sehr im Widerspruch. Nach jenen wären höchstens 120, nach diesen mindestens 1500 Mann in Navarra unter den Waffen gegen die Regierung Das Schreiben giebt ihre Vertheilung genau an. Auch daß die Karlisten geschlagen, oder sonst zerstreut seien, was die Spanischen offiziellen Blätter anzeigen, erklärt das Schreiben für völlig unwahr. Die Montemolinisten verfolgten vielmehr ganz den seiner Zeit von Zumalacarreguy entworfenen Plan, nach allen Gegenden hin Detachements abzusenden und ihre Leute mit den erbeuteten Waffen und Kleidungsstücken zu versorgen. Der Korrespondent zeigt sich zugleich sehr aufgebracht gegen die Spanischen Blätter und alles, was dort die Brittische Politik nicht billigt, und sie wohl gar beschuldigt, diese neue montemolinistische Schilderhebung wohl gar ein wenig gefördert zu haben. „Morning Chronicle“ meldet aus Madrid, ein geheimnißvoller Ausdruck des Französischen „Moniteur“ spiele auf Nachsuchungen an, welche in Paris in zwei Häusern gemacht worden wären, welche der Königin Christine gehören, wo man aber nichts gefunden habe, weil man sich, wie der Korrespondent maliciös hinzufügt, zu sehr geeilt habe. Die 100,000 Liv. St., welche in der St. Fernandobank fehlen, sind auch, wie der Journalist weiß, für den Pariser Aufstand verwandt worden.

— Nach Berichten aus Malta vom 4. Juli war die Flotte des Admirals Parker am 29. Juni mit Lebensmitteln für 5 Monaten am Bord ausgelaufen, kreuzte indeß bei Abgang der Nachricht noch im Angesichte des Hafens. Man hatte anfangs geglaubt, sie sei nach Neapel bestimmt, um Genugthuung für eine Unbill zu verlangen, welche dem Kapitain Kobrington von der Fregatte „Thetis“ durch den Französischen Admiral Baudin angethan sein sollte, indeß scheint es, daß die Sache zu keinen Weiterungen führen wird. Die Unbill sollte darin bestehen, daß Admiral Baudin auf den Grund der von Französischen Bürgern gegen die Neapolitanische Regierung erhobenen Entschädigungs-Forderungen dem Kapitain Kobrington, der auf seiner Fregatte den Prinzen von Aquila und gewisse Gelder der Krone nach Malta führen wollte, veranlaßt hatte, die letzteren, deren Versendung die Garantie für jene Forderungen vermindert haben würde, wieder auszuschiffen, ein Verlangen, in welches der Kapitain ohne Weiteres eingewilligt zu haben scheint.

Schweiz.

Das Hauptquartier für die Republikanisirung Deutschlands ist jetzt wieder in der Schweiz. Mit Recht ist zu rügen, daß die Neutralität des Landes ungescheut zu Angriffen gegen Deutschland genutzt wird. Bekanntlich ist noch vom Bundestag an den schweizerischen Vorort eine Note deshalb erlassen worden, die hoffentlich Berücksichtigung finden wird. Die Schaaren Heckers sind es nicht allein, die sich dort immer wieder sammeln, um in Deutschland mit gewaffneter Hand einzurücken, sondern es existirt, wie es scheint, unabhängig von dieser Partei, in Biel ein deutsch-republikanischer Central-Ausschuß, an dessen Spitze der bekannte Becker und Hattemer stehen, der neulich in einem Rundschreiben zu innigem Zusammenhalten, vereintem Wirken und Thatkraft auffordert. In dem Schreiben heißt es übrigens, daß der Centralausschuß mit dem Deutschen Fröbel-Rauschen Central-Ausschuß „wovon unser Präsident auch Mitglied ist“ in Verbindung sei. Von Struve und Heinzen erscheint gleichzeitig nach der Basl. Ztg. ein Plan zur Revolutionirung Deutschlands. In demselben wird zum Riesenkampfe aufgefordert, durch energische Handhabung der Gewalt und schonungslose Behandlung der Gegner, namentlich Consiskation des Vermögens aller derer, die sich im Dienst der Fürsten-Partei hervorgethan. Ein Aufruf an das Deutsche Volk verspricht demselben alle möglichen Herrlichkeiten, es folgt sodann eine Organisation des Aufstandes, Organisation der republikanischen Behörden und allgemeine Verhaltungsregeln für die Beamten der Revolution und die Offiziere des Volksheeres, Alles im Sinne des revolutionairen Terrorismus. Dessenungeachtet darf man in der Tagsatzung behaupten, die Flüchtlinge verhielten sich ganz ruhig.

Die Deutsche Zeitung bemerkt in ihrem neuesten Leitartikel zu diesem Treiben ganz richtig: „Wir hatten schon vor einigen Wochen Gelegenheit, dem Benehmen der Schweizer Presse gegen Deutschland einige Spalten zu widmen. Wir haben zwar damals wie heute den tollen Saturnalien, in denen sich die Blätter an der Limmat und an der Aar gefielen, nicht mehr Werth beigelegt, als die schreibenden und schimpfenden Personen verdienten; wir hielten es aber für nothwendig, ein Treiben zu beleuchten, hinter dem sich eine Richtung der Schweizer Politik versteckt, die es ebenso unbesonnen wie einst der Sonderbund darauf anzulegen scheint, die glückliche Ungestörtheit der Schweizer Entwickelung von Außen zu verwirren und unmöglich zu machen. Diese neue Auslandspartei, die in den westlichen, namentlich den wälschen Kantonen ihren Hauptsitz hat, spielte zwar, als ihr der Vorwurf vor einem halben Jahre gemacht wurde, mit vieler Ungeschicklichkeit den Beleidigten und Empörten; sie hat aber seitdem durch Worte, Thaten und Verbindungen die Wahrheit jener Anklage schlagender, als wir es je erwarten konnten, erwiesen. —

Es ist jetzt den Schweizer Staatsmännern Gelegenheit gegeben, zu zeigen, daß sie mit dieser Minderheit intriguanter Propagandisten, deren Ehrgeiz viel größer ist als ihr Patriotismus, keine Gemeinschaft haben mögen; von Deutscher Seite ist endlich geschehen, was längst hätte geschehen sollen, man hat sich an den Vorort gewendet und über das Treiben der Freischärler an der Deutschen Grenze begründete Klage erhoben. Mag man die Gefahr, die aus solchem Treiben erwachsen muß, allenfalls gering anschlagen, so erforderte es doch schon die politische Ehre, von einem Nachbarstaate zu verlangen, daß er unter dem geduldigen Namen des Asylrechts nicht sein Grenzgebiet zur Zufluchtstätte revolutionärer Umtriebe mache. Sowenig z. B. Frankreich im Jahr 1791 ein Koblenz seiner Emigranten an der Grenze zu dulden brauchte, sowenig sind wir verpflichtet, dicht an der südlichen Grenze unseres Vaterlandes ein Koblenz unserer Emigration zu ertragen; Frankreich hat dies eingesehen und die Führer des verunglückten Putsches, die sich vor den Thoren Deutschlands zu weiterer Arbeit rüsten wollten, von den Grenzen zurückgewiesen. Wir wüßten nicht, was die Schweiz berechtigen oder veranlassen könnte, anders zu handeln als Frankreich.“

Tagsatzung. Sitzung vom 13. Juli. (Eidg. Ztg) In dieser Sitzung kam auch der §. 26. der Traktanden, Verbot der Freischaaren, zur Berathung, und es wird, nachdem die Stände Baselland, Glarus und Appenzell A. Rh. sich wegen ihres Rückstandes in Erlassung eines Freischaaren-Gesetzes entschuldigt und Zusicherungen gegeben, und nachdem Basselland noch eine für das Volksblatt oder die Bremer-Zeitung geschriebene Lobrede der Freischaaren gehalten, eine Einladung an diese drei Stände beschlossen, den daherigen Tagsatzungs-Beschlüssen doch Folge zu leisten. Luzern theilt zur Aufnahme in das Protokoll den Großrathsbeschluß vom 7. Juli für die Annahme des neuen Bundes-Entwurfes mit. Zwei Schreiben des eidgenössischen Kriegsraths, die Grenzbewachung in Graubündten, die in Frage stehende Entlassung der Truppen daselbst, so wie einen Kompetenz-Konflikt zwischen der Regierung von Graubündten und dem Kriegsrath betreffend, werden nach langer Diskussion dem Kriegsrathe zur Prüfung und zur Berichterstattung zugewiesen. Eine Depesche des eidgenössischen Geschäftsträgers in Wien zeigt an, daß er seinen Auftrag zur Erhebung von Reklamationen gegen die von Oesterreichischen Soldaten in Graubündten geschehene Grenzverletzung mit Erfolg erfüllt habe, indem ihm Baron von Wessenberg in einer Audienz die Zusicherung ertheilt habe, daß er sogleich die nöthigen Weisungen für Verhütung ähnlicher Vorfälle dem Feldmarschall Radetzky und dem Landes-Gubernium ertheilen werde.

Marktbericht.

Berlin, den 21. Juli.

Weizen 46 à 50 Rthlr.; Roggen loco 24 à 28 Rthlr.; per Sept./Okt. $25\frac{1}{2}$ Rthlr.; Gerste 21 à 23 Rthlr.; Hafer 16 à 17 Rthlr.

Rüböl loco $10\frac{1}{3}$ Rthlr., pr. Sept./Okt. $10\frac{3}{4}$ à $\frac{2}{3}$ Rthlr.

Spiritus loco 17 Rthlr.

Druck u. Verlag von W. Decker & Comp. Verantwortl. Redacteur: C. Hensel.

Nach kurzem aber schweren Leiden entschlief heute Mittag sanft unsere theure, innigst geliebte Gattin, Mutter, Schwieger- und Großmutter, Johanna Martin geb. Großmann, im so eben vollendeten 63sten Jahre.
Tief betrübt widmen diese Anzeige allen Theilnehmenden die Hinterbliebenen.
Posen, den 21. Juli 1848.

Beerdigung den 23. d. M. Nachm. 5 Uhr.

2) Szkólka narodowa No. 1 — 3 za półrocze 1 tal.
3) Wieśniak pismo dla ludu wiejskiego wychodzi co tydzień numer po 10 fen.
4) Dra. Eisenmana Głos za przywróceniem Polski 4 sgr.
5) Położenie obecne głos z emigracyi 4 sgr.
6) Podanie i zażalenie ośmdziesięciu i jednego chłopów koło Poznania zamieszkałych do Króla 1 sgr. 6 fen.
7) Zur Beurtheilung der polnischen Frage im Großherzogthum Posen im Jahre 1848. 2 Bogen Schreibpapier 5 sgr.
8) W. Kościelski Widerlegung der offiziellen Nachweisung d. General v. Colomb, und einige Worte über Aktenmäßige Darstellung der polnischen Insurrektion im Jahre 1848. des Majors v. Voigts-Rethz 64 Octavseiten Schreibpap. 3 sgr.
9) Denkschrift über die Reorganisation und Theilung des Großherzogthums Posen von B. J. 26 Octavseiten 1 sgr.
10) Oeffentliche Stimme edeldenkender Deutschen aus d. Großherzogthum Posen 2 Bogen in 4to 1 sgr.
11) J. Loewenberg das enthüllte Posen 1 Heft 2 sgr. 6 pfen.
12) G. Senst, der Generalstaabs-Major C. v. Voigts-Rehtz über den polnischen Aufstand im J. 1848. 2 sgr. 6 fen.
13) Beiträge zur faktischen Widerlegung der mit H. W. bezeichneten Flugschrift: über die neueste polnische Insurrektion im Großherzogthum Posen 1 sgr.
14) Haza-Radlitz v. aus Posen 6 pf.
15) Eingabe mehrerer Einwohner der Stadt Posen an das Staats-Ministerium 1 sgr.
16) Potworowski Erwiderung 6 pfen.

Ferner eingegangen sind (cf. No. 145. der Pos. Ztg.): 78) 10 Rthlr. durch F. H. v. B. in Fraustadt; 79) 50 Rthlr. vom Wirklichen Geheim. Rath Voß in Berlin; 80) 9 Rthlr. 6 Sgr. 8 Pf. vom 1. Bat. 32. Ldw.-Regts.; 81) 14 Rthlr. 14 Sgr. 4 Pf. ferner aus Schokken durch Prediger Grützmacher und Kfm. Breunig; 82) 3 Rthlr. 9 Sgr. ferner aus Kreis Schönau. 83) 87 Rthlr. $7\frac{1}{2}$ Sgr. aus Stralsund durch Gen.-Major v. Brandt; 84) 23 Rthlr. 15 Sgr. ferner aus Stettin durch Mil.-OPr. v. Sydow; 85) 10 Rtlr. $10\frac{1}{2}$ Sgr. aus Sagan durch Hrn. Superint. Rehmiz; 86) 341 Rthlr. 29 Sgr. 2 Pf. Antheil an der Sammlung d. Gen.-Mil.-Kasse in Berlin; 87) 20 Rtlr. aus Bunzlau durch O-Pred. Fricke. 88) 1 Rthlr. von Fr. Hofr. Schl.; 89) 20 Sgr. ferner aus Stettin; 90) 803 Rthlr. 12 Sgr. ferner durch Mad. Decker geb. v. Schätzel und Fr. Gräf. v. Bülow aus einer Lotterie in Berlin; 91) 10 Rtlr. von Graf Reyssel d'Alx in Koblenz; 92) 15 Rthlr. 10 Sgr. durch Gen.-Lieut. Neumann in Berlin; 93) 10 Rthlr. durch Gr. Lüttichau aus der Gemeinde Sepiorh; 94) 9 Rtlr. $19\frac{1}{2}$ Sgr. Samml. des Distr.-Commiss. Posener in Rakwitz; 95) 75 Rtlr. $2\frac{2}{3}$ Sgr. Samml. in Culm durch die HH. Lenz, Lube und Fink; 96) 130 Rthlr. aus einer Lotterie in Berlin durch Fr. M. v. Stranz; 97) 13 Rtlr. 15 Sgr. Antheil von einer Sammlung in Thorn; 98) 150 Rthlr. Samml. im Kr. Demmin durch Landrath Heyder; 99) 8 Rthlr. 1 Sgr. durch Conditor Prevosti; 100) 95 Rthlr. aus Halle durch H. Barnitson. — Summa: 6777 Rthlr. 9 Sgr. 11 Pf. — Posen, den 22. Juli 1848.

Die Commission zur Unterstützung Verwundeter und der Familien verw. und getödteter Soldaten.

Die Gewerbe-Lotterie-Ausstellung auf dem alten Markte im Handelssaale.

Zum **Besten** armer Handwerker, deren Verhältnisse es nicht mehr erlauben, sich mit Arbeiten bei der Lotterie zu **betheiligen**, beginnt Mittwoch den 26. Juli, und wird von dann ab eine Zeitlang alle Tage von Morgens 8 bis 12 Uhr, Nachmittags von 3 bis 7 Uhr mit Ausnahme des **Dienstags und Sonnabends**, gegen ein Entrée von $2\frac{1}{2}$ Sgr., für jeden Inhaber eines Looses aber **einmal** gratis, zu sehen sein.

Der Gewerbe-Lotterie-Ausschuß des Handwerker-Vereins.

Opiz, Sattlermeister. **Waller**, Nadlermeister. **Machmar**, Buchbindermeister. **Berliner**, Schneidermeister. **Schnierstein**, Schlossermeister. **Büttner**, Tischlermeister. **Haller**, Maler. **Meyer**, Buchbindermeister.

Das **dritte Deutsche Nat.-Liederfest** zu wohlthätigen Zwecken, findet **Mittwoch den 26. d. im Odeum** statt. **General-Probe** hierzu: Dienstag den 25. d. im Odeum, Abends 7 Uhr, wozu die Herren Sänger freundlichst eingeladen werden.

Die Ordner des Liederfestes.

Einladung.

Dienstag den 25sten d. M. Nachmittags 6 Uhr findet im Krätschmannschen Lokale eine General-Versammlung des Handwerker-Vereins Statt. Die geehrten Mitglieder werden daher ersucht, sich recht zahlreich einfinden zu wollen, indem wichtige Gegenstände zur Berathung kommen.

Posen, den 20. Juli 1848.

Im Auftrage:
Der Ordner Waller.

Bekanntmachung.

Behufs Sicherstellung der Lieferung von 24 Klaftern Birken-, 1175 Klaftern Eichen- und 200 Klaftern Kiefern-Kloben-Brennholz für die hiesigen Königlichen Garnison-Anstalten pro 1849 durch Minus-Licitation, wird hiermit Licitations-Termin auf

Donnerstag den 3ten August c. Vormittags 10 Uhr

im Bureau der unterzeichneten Verwaltung, Schützenstraße No. 1., anberaumt, zu welchem die kautionsfähigen Uebernehmungslustigen mit dem Bemerken eingeladen werden, daß die desfallsigen Bedingungen in dem genannten Lokale zur Einsicht liegen, und im Termin eine Kaution von $\frac{1}{10}$ des Lieferungs-Objekts aufzuweisen ist, die von den zwei Mindestfordernden deponirt wird.

Posen, den 20. Juli 1848.

Königl. Garnison-Verwaltung.

Bekanntmachung.

Der Neubau eines auf 896 Rthlr 22 Sgr. 6 Pf. incl. Hand- und Spanndiensten veranschlagten Schaafstalles, und eines auf 711 Rthlr. 4 Sgr. 7 Pf. incl. Hand- und Spanndiensten veranschlagten Gesindehauses auf der Probstei zu Commenderie bei Posen, soll in dem daselbst

am 8ten August c. Vormittags 11 Uhr

anstehenden Termine in Entreprise ausgethan werden. Bauunternehmer können die bei mir offen liegenden Bedingungen, Anschläge und Zeichnungen zu jeder Zeit einsehen und ihre Entschließungen in dem Termine abgeben.

Posen, den 20. Juli 1848.

Der Polizei-Distrikts-Commissarius Merk.

Jagdverpachtung. — In Folge Verfügung Königl. Regierung vom 6ten Juli 1848 No. 1700/6 III. soll die niedere Jagd auf den Feldmarken von Baranowo, Suchylas und Krzyzowniki, excl. Vorwerk Krug Michałowo und Pfarskie, auf 6 Jahre öffentlich und meistbietend verpachtet werden, und ist hierzu ein Termin auf **Freitag** den 28sten d. M. von Nachmittags 2 Uhr ab im weißen Adler auf dem Sapieha-Platz in Posen anberaumt, wozu Pachtliebhaber hierdurch eingeladen werden.

Forsthaus Ludwigsberg, den 14. Juli 1848.

Der Königl. Oberförster.

Bei mir findet ein beiden Landessprachen mächtiger Aktuarius sofort eine Anstellung. Anmeldungen können bei dem Kalkulator Herrn Becker in Posen Lindenstr. No. 6 oder bei mir persönlich oder auch in portofreien Briefen, unter Vorlegung der Führungsatteste, geschehen.

Kuschen bei Schmiegel am 18. Juli 1848.

Der Oekonomie-Kommissions-Rath Gläsemer.

Eine anständige Wittwe, welche der Landwirthschaft vorstehen kann, auch die feine Küche versteht, wünscht hier oder auf dem Lande als Wirthschafterin placirt zu werden, auch würde dieselbe, der französischen Sprache mächtig, die Erziehung kleiner Kinder übernehmen. Adressen unter L. M. werden in der Zeitungs-Expedition von W. Decker & Comp. angenommen.

Ein geprüfter Lehrer, der gesonnen ist, eine Privatlehrerstelle zu übernehmen, wolle sich bei dem Organisten Bock, Friedrichsstr. No. 36. melden.

Wagen- und Blumen-Auktion.

Dienstag den 25sten Juli Vormittags von 10 Uhr ab sollen im Gebäude des Königl. General-Kommando's auf der Wilhelmsstraße ein viersitziger Landauer Staatswagen mit Verdeck auf eisernen Achsen, in ganz gutem Zustande, so wie auch mehrere Blumen- und Topfgewächse gegen baare Zahlung versteigert werden. Anschütz.

Oeffentliche Verpachtung.

Das Dulinskische Grundstück, Wasserstraße No. 177/18., soll Sonnabend den 29sten Juli Vormittags 11 Uhr im Administrations-Bureau Friedrichsstraße No. 30., wo die näheren Bedingungen zu erfahren sind, meistbietend verpachtet werden. Jeder Bieter hat vor Abgabe seines Gebots 30 Rtlr. zu deponiren.

Anschütz.

Das Hôtel de Berlin in Posen, gegenüber der Post und der Landschaft belegen, aus 16 Nummern, einer Badeanstalt und großem Hofraume nebst Stallungen bestehend, ist vom 1sten Oktober d. J. zu verpachten.

G. Kramarkiewicz,
Nro. 214. Wilhelmsstraße.

Auf Zagórze No. 132 ist das Grundstück nebst Garten von Michaeli d. J ab. zu vermiethen.

Freundt.

Alter Markt No. 51. ist im zweiten Stock eine bequeme Wohnung, wie auch Klosterstraße No. 18. im ersten Stock eine Wohnung von Michaelis ab zu vermiethen. Das Nähere im Laden alten Markt No. 51. bei August Herrmann.

Großer Ausverkauf.

2tes Lager von Meyer Falk
Wilhelmsstr. No. 8.,
Eingang im Thorweg.

Um mit einem großen Theil meines Lagers so schnell wie möglich zu räumen, habe ich von sämmtlichen Artikeln große Partieen bedeutend zurück gesetzt. Besonders mache ich ein geehrtes Publikum auf das feine Bielefelder und Schlesische **Leinwand-Lager, Tischgedecke ꝛc.** aufmerksam, da ich diesen Artikel **aufgeben will.**

Die Preise sind sehr niedrig gestellt, und beginnt der Ausverkauf den 24sten dieses.

Posen, den 21. Juli 1848.

Meyer Falk.

Sonntag den 23. Juli: Großes Garten-Konzert, ausgeführt von Hautboisten des Leib-Infant.-Regts. Entree à Person $2\frac{1}{2}$ Sgr. Familie 5 Sgr. Anfang 6 Uhr. Städtchen No. 13. Kufus.

Montag, den 24. Juli:

Gung'lsches Konzert

im Hildebrandtschen Garten.

Montag, den 24sten Juli:
Großes Ausschieben
von lebendigen Gänsen, Enten und Hühnern, auch Braten, wozu ergebenst einladet Zander.

Liebe Mitbürger! Auf die Angriffe der Herren Graffunder und Seger hatte ich meine aktenmäßige Erwiderung für das Ergänzungsblatt eingereicht — erhalte heute solche vom Redaktions-Ausschuß zurück, mit dem Bemerken: „sie eigne sich nicht für dieses Blatt“! — sie wird binnen Kurzem erscheinen. Posen, den 22. Juli 1848. Hassenkrug.

Bericht

des

völkerrechtlichen Ausschusses, die Einverleibung eines Theils des Großherzogthums Posen in den deutschen Bund und die Anerkennung der Deputirten desselben, so wie die Erhaltung der Nationalität der Polen in Westpreußen betreffend.

Berichterstatter: Abgeordneter Stenzel.

Es ist dem völkerrechtlichen Ausschusse eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Anträgen, Petitionen und Protestationen für und gegen die Einverleibung eines Theils des Großherzogthums Posen in den deutschen Bund, und die damit genau zusammenhängende endliche Anerkennung der in demselben Theile gewählten Abgeordneten zur deutschen National-Versammlung und über die Nationalität der Polen in Westpreußen übergeben worden.

Dadurch wurde dem völkerrechtlichen Ausschusse nicht nur die Verpflichtung aufgelegt, die zum Theil umfassenden Eingaben selbst gehörig zu prüfen, sondern auch alle ihm möglichen Mittel zu ergreifen, um durch schriftliche und mündliche Zeugnisse und Nachrichten zu einer festen Ansicht über den eben so wichtigen als verwickelten Gegenstand zu gelangen. Er hat daher zahlreiche Aktenstücke benutzt und auch Abgeordnete beider Parteien gehört.

Zur richtigen Auffassung und Würdigung der sehr verwickelten Verhältnisse wird folgende möglichst kurze Darlegung derselben dienen können.

Das Großherzogthum Posen entstand in seiner jetzigen Ausdehnung im Jahre 1815. Der König von Preußen erhielt zur Erledigung seiner von den Mächten des Wiener Congresses als gerecht anerkannten Ansprüche auf Herstellung seines früheren Territorialbestandes, durch Vergleich mit Rußland am 5. Mai 1815, einen Theil des ehemaligen Herzogthums Warschau. In der Schlußakle des Wiener Congresses vom 9. Juni 1815 ist auch diese Territorialbestimmung aufgenommen, und das formale Recht Preußens, zum Besitze der bezeichneten Landestheile, durch die theilnehmenden Mächte d. h. durch ganz Europa, anerkannt worden. Zwei Kreise des erhaltenen Theiles vom Herzogthum Warschau schlug der König Friedrich Wilhelm zu Westpreußen, mit dem Ueberreste vereinigte er dagegen einige Theile des ehemaligen Netzdistrikts, welche schon bei der ersten Theilung Polens in preußischen Besitz gekommen waren, und errichtete daraus das Großherzogthum Posen. In seinem deshalb erlassenen Besitznahme-Patente und in seinem Zurufe an die Bewohner, vom 15. Mai 1815, sprach der König die Einverleibung der Provinz in die preußische Monarchie aus, ohne daß die Bewohner ihrer Nationalität zu verläugnen hätten, und sicherte diesen, auch außer den persönlichen und Eigenthumsrechten, die Aufrechthaltung der Religion, der polnischen Sprache neben der deutschen, ferner den Zutritt zu allen öffentlichen Aemtern, Ehren und Würden, auch die Einsetzung eines eingeborenen Statthalters und die Theilnahme an der Constitution zu, welche er seinen Unterthanen zu gewähren beabsichtige, so wie eine provinzielle Verfassung, gleich den übrigen Provinzen seines Reiches. Die in Wien beschlossenen freien Verkehrsbestimmungen, unter den, zum ehemaligen Polen nun den drei Theilungsmächten gehörigen Provinzen, wurden gar nicht ausgeführt.

Das Großherzogthum wurde als Provinz in zwei Regierungsbezirke, in den von Posen mit 17 Kreisen und den von Bromberg mit 9 Kreisen, getheilt. Die Bevölkerung belief sich im December 1843 auf 790,000 Polen, 420,000 Deutschen und fast 80,000 Juden. Die Deutschen bestehen zum Theil aus den Nachkommen vor Jahrhunderten eingewanderter Kolonisten, hauptsächlich in den Städten, wo sie fast überall den zahlreichsten und wohlhabendsten Theil der Bevölkerung ausmachen. Viele Städte können als ganz deutsch angesehen werden, weil sie gar keine oder eine nur sehr wenig zahlreiche polnische Bevölkerung besitzen. Der polnischen Naionalität waren freie städtische Gemeinden mit Theilnahme an der Verwaltung des Gemeinwesens, überhaupt freies Bürgerthum, ursprünglich ganz fremd. Alle polnischen Städte in diesem Sinne wurden von Deutschen gegründet, welche sich auch, obwohl weniger zahlreich, in einigen deutschen Dörfern auf dem Lande ansiedelten. Den Polen wie den Deutschen war das gleichmäßig vortheilhaft, die Könige und Grundbesitzer begünstigten die Einwanderung fremder Kolonisten, um die vielen und ausgedehnten Wälder ausroden zu lassen, den Boden urbur zu machen und ihm einen höheren Ertrag abzugewinnen. Als die Könige, nach dem Abgange der Piasten, vorzüglich aber unter den Wasa's im 17. Jahrhundert immer ohnmächtiger wurden, und auch die eingeborenen polnischen Bauern gar nicht mehr gegen die härteste Unterdrückung durch den Adel schützen konnten, verfielen auch die deutschen Dörfer und Städte, von denen viele in den Besitz des Adels kamen. Nur die größeren Königlichen Städte retteten einen Theil ihrer alten Freiheiten.

Sehr vermehr wurde die deutsche Bevölkerung erst wieder, als König Friedrich II. von Preußen, nachdem er den Netzdistrikt von Polen abgerissen, schon im Jahre 1773 mit einem Aufwande von anderthalb Millionen Thalern, den Bromberger Kanal anlegte und bereits schon im Jahre 1774 vermittelst der Brahe, Netze und Warthe, die Weichsel mit der Oder und so auch mit der Elbe zu einer höchst wichtigen Binnenschiffahrt in Verbindung brachte. Die seit Jahrhunderten zwischen Polen und Pommern streitigen, durch zahllose Verheerungen und große Moräste vielfach wüsten Umgebungen der Netze, wurden nun urbar gemacht und durch zahlreiche Kolonisten bevölkert. Hierzu kamen nach und nach viele Deutsche, welche im Großherzogthume verhältnißmäßig wohlfeile Güter kauften, vorzüglich als Preußen seit dem Aufstande der Polen gegen Rußland, im Jahre 1831, die Provinz planmäßig zu germanisiren, anfing. Die Juden im Großherzogthume sind allen zuverläßigen Angaben nach, durchgehends Deutsche und wollen es auch sein. Unstreitig sind auch sie ursprünglich aus Deutschland eingewandert, haben sich dann durch das Großherzogthum, wie durch das gesammte Reich zerstreuet, überall mehr oder weniger zahlreich ansäßig gemacht. Die religiöse Toleranz, welche ehemals in Polen vorherrschte, so wie mehrere Eigenschaften, die den Polen abgingen, haben den Juden seit Jahrhunderten einen tiefdurchgreifenden Wirkungskreis in Polen gegeben. In der Regel sind sie beider Sprachen, der Polnischen wie der Deutschen mächtig, obgleich sie in ihren Familien, wie von Jugend auf ihre Kinder deutsch sprechen.

So sind nun in allen Theilen der Provinz Deutsche ansäßig und es giebt verhältnißmäßig wenige Ortschaften, und kaum einen einigermaßen umfangreichen Landstrich, wo nicht Polen und Deutsche vermischt neben einander wohnten. Vorherrschend ist indessen die deutsche Bevölkerung im nördlichen und westlichen Theile der Provinz an den Grenzen Westpreußens, der Mark und Schlesiens, während im Innern und im östlichen Theile gegen das Königreich Polen hin, die polnische Bevölkerung überwiegend zahlreich ist. Im Allgemeinen ist aber auch der bäuerliche Grundbesitz der Deutschen, verhältnißmäßig gegen die Kopfzahl der Polen, größer als der Grundbesitz der polnischen Bauern.

Die durch ihre Nationalitäten getrennten Deutschen und Polen hingen niemals innig zusammen, ja schon seit Jahrhunderten war zwischen ihnen vielfacher Unfriede. Seit der ersten Theilung Polens stand der Adel und jeder Pole, der noch von Vaterlandsliebe beseelt war, dem Deutschen und vorzüglich dem Preußen feindlich gegenüber. Preußen vorzüglich störte durch Einführung seiner besonders festgeregelten Staats- und Verwaltungs-Anordnungen und deren strenge Handhabung die alten Gewohnheiten und herkömmlichen Einrichtungen der Polen auf das Empfindlichste. Der bisher in der knechtigsten Abhängigkeit befindliche Bauer erhielt Schutz gegen die Willkühr des Adels, was diesen noch mehr erbitterte, während die Bauern und die Bewohner der Städte sich ebenfalls in viele ihnen sehr unbequeme preußische Ordnungen fügen mußten. Der preußische Beamte fühlte sich gekränkt, weil die von ihm eingeführte und gehandhabte und hochgehaltene Ordnung von dem Polen nicht dankbar angenommen und anerkannt, ihr vielmehr widerstrebt wurde. Er fühlte nicht, daß Alles, auch Gutes geben und aufzwingen, nicht für den Verlust nationaler Selbstständigkeit entschädigen könne. Schon nach der Schlacht von Jena zeigte sich der Haß der Polen durch einen allgemeinen Aufstand und Verjagung der preußischen Beamteten. Auch mit der Errichtung des Großherzogthums Posen konnte kein gutes Vernehmen hergestellt werden, indem damit zum Theile die Hoffnung auf die Herstellung eines großen polnischen Reichs gestört wurde und der König von Preußen damals unmöglich darauf eingehen konnte, eine einzelne Provinz ganz selbstständig zu organisiren und aus seinem Staate gewissermaßen einen Bundesstaat zu machen. Als im Jahre 1830 die Sympathien des polnischen Adels für den Aufstand in Warschau Besorgnisse erregten und seitdem planmäßig dahin gearbeitet wurde, durch mehrere getroffene Einrichtungen, hauptsächlich durch Aufkaufen, Zerschlagen und Vertheilen polnischer Rittergüter an Deutsche, vorzüglich den polnischen Adel nach und nach zu beseitigen, stieg die Erbitterung desselben gegen Preußen und diese dauerte natürlich fort, obwohl mit dem Jahre 1840 einige Milderungen in den Anordnungen eingetreten waren. Nach dem Ereignisse in Krakau, im Februar 1846, würde dennoch versucht worden sein, das Land in Aufstand zu bringen, wenn das nicht gleich anfangs mißlungen wäre.

Mit den Ereignissen im Frühjahre des laufenden Jahres wurde die Bewegung der Polen, dann auch der Deutschen im Großherzogthum allgemein. Das dentsche Volk, immer voller Theilnahme für jeden Unglücklichen, hatte jederzeit das große Unrecht tief gefühlt, was von seinen Fürsten gegen die Polen begangen worden war. Es jauchzte bei dem Anbruche des Tages der eignen Freiheit auch der Wiederauferstehung der Selbstständigkeit Polens aus vollem Herzen entgegen. Die Deutschen boten aufrichtig die Bruderhand, um zu sühnen, was ihre Fürsten früher verbrochen. In demselben Augenblicke aber, als die Polen einschlugen, trennten sich auch schon beider Nationen Interesse und Ziele. Die Polen dachten nur an die Wiederherstellung ihres alten Reichs, mindestens in der Landesausdehnung vor der ersten Theilung im Jahre 1772. Sie haben das vielfach offen erklärt und das erstreckte sich auch für Preußen und Deutschland weit über das Großherzogthum Posen, auf Westpreußen, auf die gesammte Verbindung mit Ostpreußen hinaus. Die Deutschen im Großherzogthume dachten nur an die Polen, nicht an das Land. Sie wollten der verletzten und tief gekränkten Nationalität des polnischen Volkes gerecht werden und dazu beitragen, daß ein freies, selbstständiges, nationales Polen hergestellt würde, daß jedenfalls der Pole, der bisher von Deutschen regiert worden war, sich seiner Nationalität gemäß einrichte und regiere; sie dachten aber durchaus nicht daran, als Deutsche, bisher im innigen Vereine mit der preußischen Monarchie, sich von dieser und damit wesentlich zugleich von Deutschland zu trennen und unter die ihnen jedenfalls durchaus nicht zusagende Herrschaft von Polen zn kommen. Und das sollte gerade in dem Augenblicke geschehen, als das Nationalgefühl der Deutschen lebendiger als jemals erwacht war, als der König von Preußen alle seine bisher noch nicht zum deutschen Bunde gehörigen Staaten diesem anschließen wollte.

Durch diesen scharfen Gegensatz mußte unter allen Umständen zunächst eine starke Spannung zwischen den Deutschen und Polen entstehen, anfangs geheim, dann nur zu bald öffentlich. Die Polen baten den König um eine nationale Reorganisation des Großherzogthums, welche sich schnell aber ruhig und gesetzlich entwickeln solle. Während aber das im Allgemeinen nach und nach von der Staatsregierung zugegeben wurde, ohne doch die Einwilligung der Stände der Provinz einzufordern, was selbst nach der provinzialständischen Verfassung durchaus nöthig gewesen wäre, suchte ein polnisches Central-Comite in Posen die polnischen Bewohner der ganzen Provinz unter die Waffen und natürlich auch die Kriegsgewalt des Landes in die Hand der Polen zu bringen. Es wurde neben vielen andern irrigen Nachrichten hauptsächlich versichert, gehofft und geglaubt, die Polen sollten den Vortrab eines preußischen oder deutschen Heeres gegen Rußland bilden, gegen das der Krieg sofort ausbrechen werde, um das polnische Reich herzustellen. Eine solche auf möglichst durchgreifende Art ausgeführte Bewegung war nicht ohne Beeinträchtigung, ja Beseitigung der preußischen Behörde und nicht ohne wesentliche Verletzung der Interessen der Deutschen, ja nicht ohne mehrfache Gewaltthätigkeiten gegen einzelne Deutsche möglich.

Kaum erwachte aber bei den Deutschen die Besorgniß, man wolle sie von Preußen trennen und einer polnischen Regierung untergeben, als zuerst im Netzdistrikte und in oen westlichen Kreisen des Großherzogthums, noch vor dem Ablaufe des März, viele Deutsche zusammentraten, sich bewaffneten, und obwohl übrigens mit voller Anerkennung der Ansprüche der Polen auf nationale Selbstständigkeit, doch Trennung vom Großherzogthume forderten, weil die Gerechtigkeit verlange, daß Jedem das Seine werde. Die Erde sei neutral, der Boden des Landes weder polnisch noch deutsch, nur die Bewohner gäben ihm den Charakter der Nationalität. Sie wären durch und durch Deutsche, wollten es immer bleiben und Deutschland angehören. Sie baten um Aufnahme in den deutschen Bund. So schieden sich hier zuerst nationale und territoriale deutsche und polnische Interessen. Als die Staatsregierung nicht sogleich auf Trennung einzelner Distrikte vom Großherzogthum eingehen wollte, verlangten schon am 29. März die Bewohner des Netzedistrikts, der beabsichtigten polnischen Reorganisation nicht unterworfen zu werden, baten um Truppen gegen Vergewaltigungen und erboten sich, diesen bewaffnet beizustehen. Bei aller unerschütterlicher Treue für den König, wollten sie doch eher das Leben verlieren, als sich Institutionen aufdringen lassen, durch welche ihre Nationalität vernichtet werden würde. Diese nationale Bewegung der Deutschen reizte die Polen und

bald standen beide Nationalitäten einander so feindlich gegenüber, daß es be dem besten Willen der Führer nicht überall möglich war, Ausschreitungen zu verhüten. Ein blutiger Bürgerkrieg drohete auszubrechen und die zahlreich herbeigezogenen Preußischen Truppen konnten die Ordnung kaum im Allgemeinen aufrecht erhalten. Um diesem zuvorzukommen und doch die nationale Reorganisation der Provinz unter Preußischer Oberhoheit auszuführen, wurde der General v. Willisen nach Posen geschickt. Er sollte nach dem Beschlusse des Ministeriums denjenigen Kreisen, welche sich der polnischen Nationalität nicht anschließen wollen, insbesondere diejenigen, in welchen die deutsche Nationalität überwöge, jedenfalls die Preußische Organisation und Verwaltung erhalten. Der Versuch des General v. Willisen mußte nothwendig schon darum scheitern, weil die Polen das territoriale Interesse eben so fest hielten wie die Deutschen das nationale, weil die Deutschen im Großherzogthume in keinem Falle von Polen regiert werden wollten, und die Polen doch die Regierung für das gesammte Großherzogthum in Anspruch nahmen, endlich aber selbst nicht im Stande waren, die durch Versprechungen mancherlei Art unter die Waffen gebrachten Landleute zu beschwichtigen und zur vereinzelten Rückkehr in ihre Heimath zu bewegen, weshalb die noch übrigen bewaffneten Abtheilungen derselben unter blutigen Kämpfen mit Heeresgewalt aufgelöst werden mußten.

Während dieser Ereignisse lehnten die Posener Provinzialstände, am 6. April, den Antrag auf Einverleibung des gesammten Großherzogthums in den deutschen Bund und Erwählung von 12 Abgeordneten zur deutschen National-Versammlung mit 26 Stimmen gegen 17 Stimmen ab, weil nach der Ansicht der Mehrzahl die Bewohner als Polen nicht in einer fremden Nationalität verschwinden wollten. Die Minorität dagegen, welche ebenfalls nicht für die Aufnahme des gesammten Großherzogthums in den deutschen Bund war, trug, weil nach amtlicher Zählung das Verhältnsß der deutschen Bevölkerung im Großherzogthume zur Polnischen wie 5 zu 7 sei, und die dem Großherzogthum gewährleisteten nationalen Institutionen für die Deutschen nur deutsche sein könnten, mindestens für die überwiegend deutsch bevölkerten Kreise um Aufnahme in den deutschen Bund an und daß zugleich sofort von den Provinzialständen 5 Abgeordnete zur deutschen National-Versammlung und deren Stellvertreter gewählt würden. Dies fiel weg, als beschlossen wurde, die Wahlen nach Frankfurt durch Urversammlungen zu bewirken. Die Erbitterung, welche durch die blutigen Kämpfe zwischen Deutschen und Polen auf das Höchste gestiegen war, drohete immerfort von Neuem auszubrechen, ja sich von Seiten der Deutschen selbst endlich gegen die Regierung zu wenden. Die von der Staats-Regierung beantragte und sicher erwartete, den 11. April erfolgte, Aufnahme Ost- und Westpreußens in den deutschen Bund, steigerte die Hoffnung der Deutschen im Großherzogthum Posen, sich ganz von den Polen trennen und ebenfalls in den deutschen Bund aufgenommen werden zu können. Zahlreiche Bittschriften, mit vielen Tausenden von Namen versehen, welche unzweifelhaften Beweis von der Stimmung der deutschen Bewohner gaben, gelangten an den König, der endlich nachgab und am 14. April befahl, die Kreise des ehemaligen Netzedistrikts und 4 Kreise des Posenschen Regierungsbezirks von der polnischen Reorganisation auszunehmen und deren Einverleibung in den deutschen Bund und die Wahl zum deutschen Parlamente sofort einzuleiten. Demgemäß wurden am 22. April, auf Antrag Preußens, außer den oben bezeichneten Kreisen noch mehrere andere Kreise zum Theile, insgesammt mit einer Bevölkerung von 593,390 Köpfen, von der Bundesversammlung in den deutschen Bund aufgenommen. Bald darauf wurde die preußische Regierung in gleicher Weise veranlaßt, bei dem Bundestage auf die Aufnahme von Stadt und Festung Posen mit einigen andern Kreisen, insgesammt mit einer Bevölkerung von 273,500 Seelen, in den deutschen Bund anzutragen, was vom Bundestage auch am 2. Mai geschah. Von beiden Theilen sollten 12 Abgeordnete zur Nationalversammlung geschickt werden. Die genauere Angabe der Grenze zwischen dem deutschen und dem polnischen Theile wurde vorbehalten.

Hiermit war nun die Absicht der preußischen Regierung, das im Jahre 1815 gebildete Großherzogthum Posen in zwei Theile, einen polnisch zu organisirenden und einen zum deutschen Bunde gehörigen, bestimmt ausgesprochen. An sich muß das formale Recht Preußens, diese Theilung der Provinz ohne Genehmigung der Stände zu bewirken, bestritten werden. Wenn es indessen hier den unabweisbaren Forderungen der Deutschen zu viel nachgab, wie früher bei der bewilligten nationalen Reorganisation der Provinz den Polen, so wird man sich überzeugen, daß die alten Formen eben so aus ihren Fugen gingen, wie die Provinz selbst sich fast gewaltsam und wirklich in zwei Theile spaltete. Die Polen protestirten in zahlreichen Bekanntmachungen und Bittschriften, nicht nur gegen die Einverleibung einzelner Ortschaften und Kreise, sondern jedes, auch des kleinsten Theiles der Provinz in den deutschen Bund und Wahl von Abgeordneten in die National-Versammlung, nannten es eine neue Theilung Polens und erklärten, nur nach Herstellung des freien Polens, werde sich dasselbe mit seinen Nachbarn über verschiedene Grenzfragen vertragen.

Die preußische Regierung ist aber durch die Erbitterung, welche vorzüglich seit der Convention von Jaroslawiec so hoch gestiegen ist, daß jeden Augenblick der fürchterlichste Bürgerkrieg ausbrechen konnte, zu dem Schritte genöthigt worden, den sie gethan. Die Forderungen der deutschen Nationalität traten für eine deutsche Regierung zu gebieterisch auf, um leicht abgewiesen werden zu können. Deutsche konnten endlich doch nicht mit Bajonetten die Deutschen dahin bringen, sich polnisch regieren zu lassen. Weil nun aber, wie gesagt, die deutsche Bevölkerung nicht in bestimmten Strichen ausschließlich, sondern auch außer den Städten in der gesammten Provinz zerstreut und mit den Polen vermischt wohnt, so ist es unmöglich, eine bestimmte fortlaufende Grenze zwischen beiden Nationalitäten zu ziehen. Damit fällt auch der Vorschlag hinweg, der wohl hin und wieder gehört worden ist, die einzelnen Ortschaften abstimmen zu lassen und sie der Mehrzahl nach dem einen oder dem anderen Theile zuzugeben.

Eine völlige Trennung der Nationalitäten läßt sich also bei der jetzigen Beschaffenheit der Provinz nicht bewirken. Immer wird die eine oder die andere Nation mehr oder weniger verletzt werden müssen. Es wird daher nur noch das überwiegende Vorherrschen der einen oder der andern Nationalität zu berücksichtigen sein, um, da es nicht ganz zu vermeiden ist, doch so wenig als möglich zu verletzen. Nun haben wir schon bemerkt, daß in mehreren nordwestlichen und westlichen Kreisen die Deutschen sich zu den Polen wie 11 zu 3, in mehreren nördlichen Kreisen an der Netze doch wie 12 zu 7 verhalten. Man hat diese Angaben bestritten, doch ohne hinreichende Gründe. Sie sind im Allgemeinen zuverlässig genug und stammen aus dem Jahre 1843, also lange vor dem jetzt so hoch gestiegenen Parteikampfe her. Ob alle diese Deutschen seit Jahrhunderten hier gesessen, oder seit mehreren oder wenigeren Jahren sich ansäßig gemacht haben, ist wesentlich gleich. Sie sind nicht minder Deutsche als Andere und sind hierher gekommen in der sichern Zuversicht, unter einer deutschen Regierung als Deutsche zu leben.

Mit dieser Trennung der Kreise nach den in denselben vorherrschenden Nationalitäten würde die immerhin nicht leichte Angelegenheit der Demarkation zu bewirken sein — allein die weit schwierigere entsteht durch die Festung Posen. Seitdem der größeste Theil des Herzogthums Warschau an Rußland gekommen ist, drängen sich die Länder dieses mächtigen Nachbaren wie ein Keil zwischen die neudeutschen Länder Preußen's. Preußische Staatsmänner sahen das sehr wohl ein und es wurde daher, obgleich Kaiser Alexander es noch nicht aufgegeben hatte, ein Königreich Polen in größerer Ausdehnung als nachher geschah, zu gründen; doch schon im Winter 1814 darauf gedrungen, an Preußen den am meisten westlich ausspringenden Theil, nemlich das Posen'sche, wesentlich in der nachherigen Ausdehnung abzutreten.

Die seitdem mit einem Kostenaufwande von beiläufig 10 Millionen Thalern erbeute Festung Posen, ist jetzt das wichtigste Bollwerk Deutschland's gerade in einem Theile der östlichen Grenze, der am meisten gefährdet ist. In den Händen eines Feindes würde es den gefährlichsten Angriffspunkt für Deutschland bieten. Selbst wenn kein Deutscher hier wohnte, würde schwerlich ein Deutscher unter den jetzigen Verhältnissen diese Festung in andere Hände geben wollen. Allein die Stadt ist wesentlich deutsch geworden. Die Zahl der Einwohner ist seit 1813, von 15,000 auf 40,000 gestiegen. Deutsche und Juden zusammengezählt, überwiegen die Polen an Zahl, mehr noch an Vermögen. Der Grundbesitz der Polen beträgt nach einer mir mitgetheilten Angabe wenig über 1½ Millionen, der Grundbesitz der Deutschen und Juden weit über 4 Millionen. Um aber die Festung zu behaupten wird man genöthigt sein, ihr auch die Zugänge von Glogau, Küstrin und Thorn zu sichern, und ihr einen Festungsbezirk gegen Osten anzuweisen. Dadurch wird zugleich der ungestörte Besitz des Bromberger Kanals behauptet, es werden aber auch zahlreiche Striche, in denen die polnische Bevölkerung überwiegend ist, dem deutschen Bunde einverleibt werden müssen.

Es entsteht nun durch die bezeichnete Theilung das offenbare Mißverhältniß, daß die insgesammt in der Provinz zahlreicheren Polen den kleineren, die insgesammt weniger zahlreichen Deutschen, dagegen den größern Theil der Provinz erhalten. Die Nothwendigkeit ist aber nachgewiesen und wird diese nicht berücksichtigt, soll der Territorialumfang des alten polnischen Reichs auch nur vom Jahr 1772 vollständig berücksichtigt werden, so müssen auch noch gegen 2 Millionen Deutsche in Ost- und Westpreußen wesentlich von Deutschland getrennt und geradezu aufgeopfert werden.

Es wird die Ungleichheit der Theilung der Provinz, wenn auch nur einigermaßen, dadurch ausgeglichen, daß der polnische Theil im Ganzen fruchtbarer als der westliche und nordwestliche Theil ist, ferner, daß die Zahl der Deutschen, gegenüber den Polen, durchaus nicht das richtige Verhältniß des Umfanges und Werthes des Besitzthums ausdrückt; dann wird kein Unbefangener läugnen, daß der polnische Landmann sich weit erträglicher unter einer deutschen Regierung, als der Deutsche unter einer polnischen befinden wird; endlich, so schmerzlich es für den Deutschen ist, so müssen doch viele Tausende von Deutschen dem polnisch zu reorganisirenden Theile überwiesen werden. Ausgleichungen können indessen durch Uebersiedelung derjenigen, welche in dem einen oder dem andern Theile durchaus nicht bleiben wollen, einigermaßen durch die preußische Regierung bewirkt werden, welche sicher alle billigen Wünsche beider Theile nach Möglichkeit berücksichtigen wird.

Es würde wahrscheinlich mit Anerkennung aufgenommen werden, wenn bei dieser heftigen Parteifrage, als zur Festsetzung einer nicht nur preußischen, sondern Reichsgrenze, die preußische Regierung durch Beihülfe Unparteiischer, wie es auch die Polen wünschen, unterstützt würde, und sehr wohlthätig dürfte es sein, wenn die Beendigung dieser Begrenzung möglichst bald bewirkt werden könnte. Die endliche Zulassung der Deputirten des Deutschland einzuverleibenden Theils des Großherzogthums würde aber nicht so weit hinauszuschieben sein, denn die Berichtigung von Einzelheiten der Grenze wird nicht so tief eingreifen können, daß die Verhältnisse der Einwohnerzahl dermaßen vermindert würden, daß sie auf die Zahl der zur Nationalversammlung zu schickenden Abgeordneten wirken dürften. Haben nun auch einige von den Deutschland zugewiesenen Kreisen eine überwiegende Zahl an polnischen Bewohnern, so müssen doch auch diese vertreten werden, wie die weit über zwei Millionen Polen in Preußen und Schlesien.

Die Polen aber werden in den von ihnen zu reorganisirenden Theilen der Provinz Gelegenheit haben, Deutschland und Europa zu beweisen, daß sie nicht nur tapfer im Felde sind, wie Jeder weiß, sondern auch daß sie im Stande sind, sowohl ihre eigenen Landsleute, als auch die unter ihnen lebenden Deutschen nicht allein im sichern Besitze der Freiheit der Personen und Sicherheit des Eigenthums zu erhalten, sondern auch durch ihre, für die Hebung aller geistigen und materiellen Interessen getroffenen Anstalten, sie einer möglichst hohen Stufe des Wohlstandes entgegenzuführen und sich so würdig auf den Augenblick vorzubereiten, den die Zukunft ihnen jetzt noch verhüllt und den sie in sehr verzeihlicher Weise vielleicht zu stürmisch herbeizurufen suchen. „Es gibt," ruft einer ihrer einsichtsvollsten Mitbürger sehr treffend, „eine Krone, welche auch würdig ist, um euren Ehrgeiz zu reizen — es ist die Bürgerkrone!" Ein Deutscher darf hinzusetzen: „sie glänzt nicht, aber sie ist gediegen!"

Demnach trägt der Ausschuß, mit Ausnahme einer Stimme übrigens einstimmig, darauf an, die hohe Nationalversammlung möge unter den obwaltenden Umständen

1) „Die Aufnahme derjenigen Theile des Großherzogthums Posen, welche auf den Antrag der Königlich Preußischen Regierung, durch einstimmige Beschlüsse des Bundestags vom 22. April und 2. Mai, in den deutschen Bund aufgenommen worden sind, wiederholt anerkennen und demgemäß die aus dem Deutschland zugeordneten Theile gewählten zwölf Abgeordneten zur deutschen National-Versammlung, welche auf ihre Legitimation vorläufig zugelassen worden sind, nun endgültig zu lassen.

2) „Die von dem Königlich Preußischen Commissarius, General Pfuel, vom 4. Juni d. J. angeordnete vorläufige Demarkationslinie zwischen dem polnischen und dem deutschen Theile vorläufig anerkennen, sich jedoch die letzte Entscheidung über die zu treffende Abgrenzung zwischen beiden Theilen auf weitere Vorlage der Preußischen Regierung vorbehalten.

3) „Von der Preußischen Regierung eine bestimmte Erklärung verlangen, daß dieselbe nicht nur ihrerseits, so lange sie den polnischen Theil des Großherzogthums Posen regieren werde, den in demselben wohnenden Deutschen ihre Nationalität erhalten, sondern daß sie auch dafür sorgen werde, ihnen dieselbe für den Fall zu sichern, daß dieser poluische Theil Posens aufhören sollte, unter Preußischer Herrschaft zu stehen.

4) „In Beziehung auf die Petitionen, welche Westpreußen betreffen, den nicht deutschen Bewohnern dieser Provinz zu erklären, daß die National-Versammlung, laut Beschlusses vom 31. Mai, allen nicht deutschen Volksstämmen auf deutschem Bundesboden (also auch überall auf demselben den Polen) ungehinderte volksthümliche Entwickelung und in Hinsicht auf das Kirchenwesen, den Unterricht, die Literatur, die innere Verwaltung und Rechtspflege, die Gleichberechtigung ihrer Sprache, so weit deren Gebiet reiche, gewährleistet habe.

Gegen diese sämmtlichen Anträge hat gestimmt Franz Schuselka.